Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 70,00 Mk. einschl. Zustellungsgebühr, fällig bei Vorzeigung der Quittung; Abbestellung ist nur stattbar bei Auflage des Bezugs im Vormonat. — Postbezug monatlich und vierteljährlich. — Einzelnummer 4,00 Mk., Sonnabends 5,00 Mk.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aussperre usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 3,00 Mk., im Reklameteil 12,00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 209. Mittwoch den 6. September 1922 49. Jahrg.

Das Stinnes-Abkommen.

Die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens.

In Frankreich besteht eine Vereinigung, die etwa siebzig Prozent der Wiederaufbaugenossenschaften des verwüsteten Gebietes umfaßt. Es ist nun für die Lage in Frankreich sehr interessant, daß der Vorsitzende Jean de Lubersac jetzt die Zeit für gekommen gehalten hat, sich an die deutsche Industrie zu wenden und große Sachlieferungen zu erreichen. Der Weg war sehr geebnet, denn das Wiesbadener Abkommen war längst abgeschlossen. Zu Hugo Stinnes führte dieser Weg und es kam bald zu dem Abschluß jenes Vertrages, den der Industriekapitän gestern den entsprechenden Reichsstellen zugänglich machte.

Dieser Vertrag geht von der Äußerung Lubersacs aus, daß die Geschädigten im verwüsteten Gebiet noch heute in sehr kritischer Lage sich befänden (Frankreich selbst hat wenig getan!) und daß eine Mitarbeit Deutschlands an dem Wiederaufbau die deutsch-französischen Beziehungen bessern werde. Als Vermittlerin für die Sachlieferungen wird die „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau" in Essen bestimmt. Diese darf höchstens 6 Prozent Nutzen für alle vermittelten Geschäfte berechnen, ein Betrag, der mit der Lieferungssumme (Papierfranken) Deutschland gutzuschreiben ist. Die gesamte Prüfung der Materialien liegt bei der „Hoch und Tief", deren Gutachten auch für den französischen Abnehmer verbindlich ist. Bei den Bestellungen der Franzosen müssen von diesen gewünschte Firmen berücksichtigt werden. Zur Durchführung dieser Lieferungen, besonders in Zement, Ziegeln, Kalk usw. ist ein bestimmter Prozensatz von der

Reparationskohle freizugeben,

deren Verteilung Sache der Firma Stinnes ist.

Die deutschen Materialien dürfen nicht mehr kosten, als die in Frankreich feilgebotenen und unterliegen dem französischen Mindestzoll für Sachlieferungen.

Mit diesem Vertrag erkennen die Franzosen an, daß sie von ihrer Bürokratie nichts erwarten können und sich auf kaufmännischem Wege selber helfen müssen. Und mit diesem Vertrag stellt sich Hugo Stinnes auf den Boden des Wiesbadener Abkommens, das er einst so heftig bekämpft hat! Aus dem Vertrag ist an günstigen Bedingungen hervorzuheben einmal die oben wiedergegebene Kohlenklausel, zum andern die Bestimmung, daß der sechsprozentige Gewinn der „Hoch und Tief" wie auch die Unkosten für die erforderlichen Bankgeschäfte Deutschland mit gutgeschrieben werden. (Ein Betrag, welcher letzthin freilich vom Reiche selbst zu tragen ist.) Wichtiger noch als das Stinnesche Geschäft, das natürlich bei den zu erwartenden Riesenlieferungen nicht schlecht ist und fast ohne Risiko, weil ja die entscheidende Warenabnahme durch die „Hoch und Tief" erfolgt, — wichtiger noch erscheint die allgemeine Rückwirkung auf die Reparationsfrage überhaupt. Der auf französische Initiative zurückgehende Vertrag wird der in der Ententewelt so weit verbreiteten Ansicht entgegenwirken, daß die deutsche Industrie keinen Reparationswillen habe. Ferner zeigt uns dieser Vertrag die wahren Machtverhältnisse, die ungeheure Macht unserer Industriekapitäne. In dem Augenblick, als Jean de Lubersac zu Herrn Stinnes kam und die großzügige Lieferung von Baumaterialien forderte, hatte dieser auch eine politische Entscheidung zu treffen und zwar er ganz allein! Denn die Zurückweisung des Obmannes der französischen Geschädigten hätte eine bedeutende Verschärfung in der Reparationsfrage bedeutet, und eine solche hätte sehr verhängnisvoll werden können.

Vielleicht bringt uns der Vertrag eine Entspannung. Zwar wird die französische Industrie, welche über den Wiederaufbau bekanntlich ganz anders denkt als die Geschädigten des zerstörten Gebiets, vermutlich alle Mittel der Propaganda dagegen einsetzen. Aber die Tatsache großer Sachlieferungen wird schließlich doch wirken, und so wirken, wie der Verfechter des Sachlieferungsgedankens, Rathenau, es gewünscht hat. Denn, so seltsam es nach der heftigen Fehde von Stinnes gegen Rathenaus Sachlieferungsabkommen wirken mag, dieser Stinnes-Vertrag bedeutet die erste praktische Verwirklichung der Idee Rathenaus.

Das neue Programm der „Vereinigten sozialdemokratischen Partei".

Vorwärts und Freiheit veröffentlichen das von dem Parteivorstand der beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam ausgearbeitete Aktionsprogramm der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darin werden folgende Kampfziele der Partei aufgestellt:

1. **Schutz der Republik.** In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den

Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus

biete, fordert die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum

organisch gegliederten Einheitsstaat.

2. **Kampf gegen die Klassenjustiz.** Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

3. **Finanz- und Wirtschaftspolitik.** Grundlegende umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unter Mitwirkung der Genossenschaften. Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaues.

4. **Sozialpolitik.** Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts zu einer Vertretung der sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. **Volksgesundheit und Volkserziehung.** Vergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Einheitsschule mit weltlichem Charakter. Erklärung der Religion zur Privatsache.

6. **Internationale Politik.** Die VSPD. fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaues unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Der Kampf gegen die imperialistische Politik, für die Abänderung der Friedensverträge, für die Überwindung der Macht- und Gewaltpolitik durch eine internationale Rechtsorganisation erfordert den Zusammenschluß des Weltproletariats zu einer einheitlichen geeftigten Kampfgemeinschaft.

Der Reichskanzler über die Lage.

Berlin, 6. Sept. (Priv.-Telegr.) Gestern fanden neue Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die Regierungsmaßnahmen gegen die Teuerung statt. Der Kanzler gab eine politische Übersicht. Er erklärte, er würde keineswegs seine Hand bieten, aus dem mageren Goldschatz der Reichsbank namhafte Beträge herauszugeben. Er habe nicht unbegründete Hoffnung, daß

Amerika in die Neuregelung des Reparationsproblems aktiver

als bisher eingreifen werde. Ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes forderte von der Regierung schnelleres und intensiveres Arbeiten bei der Wucherbekämpfung. Auch sei eine Erhöhung des Preises für Umlagegetreide für die arbeitende Bevölkerung untragbar. Einen breiten Raum in der Besprechung nahm die Erörterung über die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gewünschte

Wiedereinführung der Zwangswirtschaft

ein. Der Kanzler erklärte, die Frage müsse von Fall zu Fall erwogen werden. Die Regierung sei bemüht, durch Vorschüsse den Beamten und Arbeitern bei der Winterversorgung nach Kräften behilflich zu sein. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes betonte, daß die Christlichen Gewerkschaften nicht so sehr an Wiedereinführung der Zwangswirtschaft als vielmehr an eine schnelle Notmaßnahme zur Besseßung der Krise dächten. Man müsse vor allem den Währungsverfall verhindern. Der Kanzler sagte, daß die

Voraussetzung für eine Stützung unserer Währung eine ausländische Anleihe

sei. Grundbedingung für diese sei die Sanierung des Budgets. Im Laufe der Woche wird eine erneute Zusammenkunft mit dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsminister stattfinden.

Um die deutsch-polnische Grenze.

Eine deutsche Note.

Breslau, 5. Sept. (WTB.) Der deutsche Vertreter bei der Grenzkommission für die Festlegung der neuen oberschlesischen Grenze überreichte dem Präsidenten der Grenzkommission gestern eine Note der deutschen Regierung nachfolgenden Inhalts:

Die deutsche Regierung vermag sich der Auffassung der Grenzkommission nicht anzuschließen, welche dahin geht, daß die Demarkationslinie im oberschlesischen Industriegebiet nur eine Richtlinie für die endgültige Grenzfestsetzung darstellt, und daß noch wesentliche Abänderungen zulässig sind, da diese Auffassung weder mit dem Friedensvertrag, noch mit der Genfer Entscheidung vereinbar ist. Die Einzelfestsetzung ist im Herbst vorigen Jahres in Form der Errichtung einer Demarkationslinie erfolgt. Da die Notifizierung der Grenze, welche den beiderseitigen Regierungen am 15. Januar 1922 durch die Plebiszitkommission zugegangen ist, sich auf diese Demarkationslinie stützt, ist diese also von den alliierten Hauptmächten als eine dem Art. 4 entsprechende Festsetzung der Grenzlinie anerkannt worden. Sie nachträglich, wie jetzt anscheinend von polnischer Seite beabsichtigt wird, noch in wesentlichen Teilen abzuändern, würde mit Art. 4 der Genfer Entscheidung in Widerspruch stehen. Die zwischen Deutschland und Polen inzwischen geschlossenen Verträge über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 enthalten wesentliche Bestimmungen über die von der neuen Grenze durchschnittenen Bergwerksfelder und Wirtschaftsgebiete, ebenso über soziale Einrichtungen, die sämtlich auf die Zugehörigkeit der Bewohner der dem einen oder dem anderen Land durch die Demarkationslinie zugefallenen Gebiete basieren. Somit sind nach der Auffassung der deutschen Regierung die Grundlagen dieser Verträge erschüttert, falls die Grenzkommission den polnischen Ansprüchen nachgeben sollte.

Die belgische Delegation in Berlin.

Berlin, 6. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die drei belgischen Delegierten, die Herren Delacroix und Bemelmans sowie in ihrer Begleitung der Brüsseler Bankier Philipson, sind gestern abend in Berlin eingetroffen. Heute vormittag sind die Herren vom Reichskanzler empfangen worden. Bei dieser ersten Unterredung sind nur die allgemeinen Richtlinien erörtert worden. Einzelheiten wurden noch nicht behandelt. Im Laufe des Vormittags fand dann die erste Sitzung mit dem Reichsfinanzminister Hermes statt. Für heute sind ferner noch Unterredungen mit dem Direktor Bergmann von der Deutschen Bank und dem Staatssekretär Schröder geplant. Das alles sind Vorbesprechungen, welche lediglich der Vorbereitung der eigentlichen Unterhandlungen dienen sollen.

Alle Nachrichten der letzten Tage aus Brüssel stimmen darin überein, daß auf belgischer Seite nichts versäumt werden soll, um zu einer Verständigung zu gelangen. Die Delegierten, die jetzt nach Berlin gekommen sind, verbürgen auch einen durchaus sachlichen Verlauf der Besprechungen. Herr Bemelmans war wiederholt schon in Berlin im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Sachlieferungsverträge und hat sich als konzilianter Unterhändler erwiesen. Präsident Delacroix geht der Ruf eines Mannes voraus, der das Reparationsproblem vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet und sein Urteil nicht durch politische Leidenschaften trüben läßt. Selbstverständlich dürfen über diesen Personalien die bedeutenden Schwierigkeiten der Verhandlungen nicht verkannt werden, weil Deutschland mit seinen Garantien eine bestimmte Grenze nicht überschreiten kann.

Ein neues Votum Bradburys.

Berlin, 6. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Viel Beachtung findet eine Äußerung Bradburys, welcher das Gerücht von einer Beteiligung Englands an der Sicherstellung der Schatzwechsel energisch zurückweist. In seiner Gegenerklärung heißt es: Im gegenwärtigen Augenblick ist keine Rede von englischer Hilfe zur Erlangung der verlangten Garantien. Diese Möglichkeit könnte sich nur ergeben im Falle eines Erscheens der deutschen und der belgischen Regierung.

Nach wie vor tritt er aber für eine Herabsetzung der Gesamtschuldsumme Deutschlands ein, weil ohne das der deutsche Kredit nicht wieder herzustellen sei. Einen großen Prozentsatz Gläubigerinnen der Reichsbank zu entziehen, widerrät er auch in dieser Äußerung dringend.

Eingreifen Amerikas?

Berlin, 6. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Über Amerikas Eingreifen ist man in der europäischen Presse noch sehr geteilter Meinung, die einen halten es für unwahrscheinlich, die anderen sehen in der Teilnahme des amerikanischen Delegierten an den Verhandlungen der Reparationskommission ein günstiges Anzeichen. Die Meldung, daß Amerika die Emissionsbanken einiger Länder zu einer Konferenz eingeladen habe, ist nicht dementiert worden. Jedoch warnt heute der Washingtoner Korrespondent der Times ausdrücklich vor übertriebenem Optimismus.

Offizielles Friedensgesuch der Griechen.

Paris, 6. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Griechen haben die interalliierten Mächte ersucht, die Friedensverhandlungen mit den Türken zu vermitteln. Zwischen London und Paris sind deswegen bereits Unterhandlungen gepflogen worden.

Der griechische Rückzug. — Panik in Smyrna.

Paris, 6. Sept. (WTB.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel bestätigt sich das Gerücht, daß die Griechen Brussa (nahe der Südküste des Marmarameers) geräumt haben. Die Schlacht soll erbittert gewesen sein.

London, 6. Sept. (WTB.) „Daily Mail" meldet aus Smyrna: Die griechische Bevölkerung flüchte. Alle verfügbaren Schiffe sind von Flüchtlingen besetzt. Die britischen Untertanen fahren gemäß den Weisungen des britischen Generalkonsuls nach Cypern ab.

Das Flottendepardement der Vereinigten Staaten hat bis zum Schutze von Leben und Eigentum eine Anzahl Zerstörer nach Smyrna entsandt.

Der Widerstand gegen die Überschichten.

Essen, 6. Sept. (WTB.) Infolge linksradikaler Einflüsse ist die Durchführung des kürzlich beschlossenen Überschichtenabkommens noch nicht allgemein vollendet, doch sind die Arbeiter durch Aufklärung in der Presse über die nicht scharf formulierten Bedingungen des Abkommens wieder beruhigt und die kleinen örtlichen Streiks wegen dieser Frage beendet.

Die neuen Teuerungszuschläge.

Berlin, 6. Sept. (Priv.-Telegr.) Der Überwachungsausschuß des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die neuen Teuerungszuschläge zugestimmt.

Die Stellung Oberschlesiens im Preußischen Staatsverbande.

Die künftigen Beziehungen Oberschlesiens zu Preußen werden sich nach den vom preußischen Landtag erlassenen Gesetzen vom 25. und vom 27. Juli dieses Jahres richten. Das Gesetz vom 25. Juli regelt die Selbstständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien zunächst für den Zeitraum, in dem die neue Provinzialordnung noch nicht allgemein eingelegt worden ist. Aber auch nach einer solchen Regelung dürfen die für Oberschlesien vorgesehenen Rechte nicht beschränkt werden. Diese Rechte Oberschlesiens beziehen sich auf das öffentliche Schulwesen, die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen Sprache in gemischtsprachigen Landesteilen und auf die Jugendpflege. In finanzieller Beziehung ist bei etwaigen Mehrlasten für Reich und Staat die Zustimmung des Finanzministers und der sonst zuständigen Minister offengehalten. Im übrigen, beschließt der Provinziallandtag über den Erlaß der allgemeinen Bestimmungen. Durch das Gesetz vom 27. Juli wird weiter die Verwaltung in den oberschlesischen Kommunalverbänden vorläufig geregelt. Im ganzen wird Oberschlesien schon jetzt, vor der allgemeinen Regelung, innerhalb des preußischen Staatsverbandes eine weitgehende Autonomie erhalten. Damit wird die neugewonne Grenzprovinz zugleich richtungsgebend für die künftige preußische Provinzialverfassung werden.

Der Besatzungsunfug.

In dem Düsseldorfer Vorort Oberkassel ist aus Anlaß eines Wirtshausstreites auf bisher noch ungeklärte Weise ein belgischer Sergeant und ein gänzlich unbeteiligter englischer Wachtposten erschossen worden. Ob es sich um eine „betrunkene Geschichte" oder um einen Notwehrakt handelt, ob die Kugel aus einem deutschen oder einem belgischen Revolver stammt, das alles bedarf noch der Aufklärung; sicher scheint nur zu sein, daß der ganze traurige Zwischenfall mit Politik nicht das mindeste zu schaffen hat. Trotzdem hat die belgische Besatzungsbehörde die drakonischsten Maßnahmen angeordnet, um den oder die Schuldigen zu ermitteln. Der oberste Verwaltungsbeamte des Ortes wurde, weil er nicht bis zur befohlenen Stunde den oder die Täter nachweisen konnte, verhaftet, sein Sekretär wurde in Haft genommen, weil es ihm unmöglich gewesen war, in der Hastigen, von der Besatzungsbehörde bestimmten Frist Plakate über die Tat anschlagen zu lassen. Über den Ort wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt und vorgeschrieben, daß von abends 8 bis morgens 6 Uhr jedermann allein zu gehen und den Bürgersteig zu verlassen habe, sobald er auf 25 Meter an eine militärische Person oder auf 50 Meter an einen Wachtposten herangekommen sei. Das sind Auswüchse einer militaristischen Übersinnung der Besatzungsbehörden, gegen die auch diejenigen protestieren müssen, die die Tat an sich aufs lebhafteste verurteilen. So etwas sollte in Kriegszeiten nicht möglich sein, viel weniger aber noch mitten im Frieden und in denselben Tagen, da belgische Unterhändler auf dem Wege nach Berlin sind, um in wichtigen, politisch-wirtschaftlichen Angelegenheiten Verständigung zu suchen. Hier zeigt sich wieder einmal besonders klar, wie schädlich und unerträglich das ganze System der Besatzungen wirkt, und daß es höchste Zeit ist, es abzubauen. Auch die Gewaltpolitiker der Entente müßten doch schließlich so viel Vernunft aufbringen, daß sie einsehen, wie ganz nutzlos und zwecklos hier Geld und Kraft verpulvert werden, um neuen Haß zu entfachen. Je eher damit aufgeräumt wird, um so besser.

Dollar heute 1356 (gestern 1425).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220906-10/fragment/page=0001

Die Not der deutschen Presse.

Von Dr. Hermann Fischer, M. d. R.

Täglich meldet die Presse neue Einstellungen im Erscheinen meist alter Zeitungen und Zeitschriften. Täglich wächst damit für Deutschland die Gefahr, seine selbständige Presse zu verlieren und nur noch Interessenten-Organe zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu behalten. Der demokratische Staat, der auf der gleichberechtigten Mitwirkung aller Staatsbürger an den Dingen des öffentlichen Lebens beruht, wird da zur Kulisse, wo diese Mitwirkung den Stoff zu ihrer Urteilsbildung nicht mehr aus freien, nur sich und ihren Lesern verantwortlichen Zeitungen schöpfen kann, sondern ausschließlich aus Quellen gespeist wird, deren Ursprung aus mehr oder weniger geheim bleibenden Interessenschichten stammt. Eine besondere Aufgabe zum Schutze der Demokratie und der Republik liegt daher darin, die selbständige Presse zu erhalten.

Ein allzu schwacher und anscheinend unzweckmäßiger Versuch wurde vom Reichstag kurz vor den Sommerferien durch die Verabschiedung der Pressehilfsaktion unternommen. Ehrlich muß heute gesagt werden, daß diese Unterstützung unzureichend war, daß sie allzu schnell von dem in dem Markzusammenbruch zum Ausdruck gekommenen wirtschaftlichen Niedergang aufgehoben wurde. Was kann und was muß heute geschehen?

Es ist ein Unsinn, ein Gewerbe, zu dessen Unterstützung sich der Gesetzgeber gezwungen gesehen hat, mit einer Sondersteuer zu belegen. Bei der letzten Novelle zum Umsatzsteuergesetz habe ich mich bereits angesichts der besonderen Schwierigkeiten der deutschen Presse, vor allem aber aus Gründen steuerlicher Klarheit und steuerlichen Rechts dafür eingesetzt, die bis dahin bestehende Sondersteuer auf Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften zu Fall zu bringen. Wenn man den Umsatz eines Unternehmens, den Besitzwechsel wirtschaftlicher Werte, mit einer Steuer belegt, die einen bestimmten Hundertsatz des fraglichen Wertes erfassen soll, so ist es falsch, hier die Höhe der Umsatzwerte mit zur Berücksichtigung zu bringen und je nach dieser Höhe eine variable Steigerungstafel des Steuersatzes festzulegen. Hierzu kommt, daß bei schwankenden Geldwerten alle derartigen Staffelungen unzulänglich sind, in der Zeit ihrer Auswirkung niemals mehr dem Willen des Gesetzgebers entsprechen. — Mit einer neuen Abänderung des fraglichen § 25 des Umsatzsteuergesetzes wird aber heute der Presse nicht mehr gedient. Es muß Durchgreifenderes geschehen. Die Regierung hat erkannt, daß der Presse schnellstens geholfen werden muß. Sie möge sofort Vorbereitungen dafür treffen, daß die Anzeigensteuer der Zeitungen und Zeitschriften als Sondersteuer aufgehoben, die dann entsprechend dem Umsatzsteuergesetz in Kraft tretende allgemeine Umsatzsteuer auf eine noch zu überlegende Zeit suspendiert wird. Damit diese Aktion der Regierung, für die sie mit Sicherheit im Parlament auf eine Mehrheit rechnen kann, sofort hilft, muß das Reichsfinanzministerium an die Finanzämter Anweisung ergehen lassen, daß den Stundungsgesuchen von Zeitungen und Zeitschriften grundsätzlich ohne weitere Prüfung zu entsprechen ist. Zur Beruhigung der Presse und sofortiger Klärung der Verhältnisse wird eine eindeutige Erklärung der Regierung darüber notwendig sein, daß die vorgeschlagenen Änderungen des Umsatzsteuergesetzes mit entsprechend rückwirkender Kraft erfolgen sollen.

Neben diesen steuerlichen Erleichterungsmaßnahmen sind aber noch einige Fragen sofort von der Regierung zu beantworten: Trifft es zu, daß das Gesetz gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922 nicht zur Durchführung gelangen kann, da es einfach nicht möglich ist, seine Absicht und seinen Zweck in durchführbare Ausführungsbestimmungen zu bringen? Trifft es zu, daß mit dem Holzschlag in Deutschland in unzulässiger Weise zurückgehalten wird, daß vor allem auch die Staatsforsten der Einzelländer eine so weitgehende Beschränkung im Holzschlag zeigen, daß zur Papierherstellung vornehmlich Auslandsholz eingeführt werden muß? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dieser Sonderbelastung der Handelsbilanz und dieser Überteuerungsquelle des Zeitungsgewerbes entgegenzuwirken?

Nicht Worte und Erklärungen dürfen auf diese Frage erfolgen, sondern Taten. Debattiert ist über alle diese Dinge schon genug bei den Steuerberatungen zu Anfang dieses Jahres, bei dem erwähnten Hilfsgesetz und bei manchem feierlichen Anlaß, bei dem Regierung und Presse einander trafen. Folgen auch jetzt nur wieder Worte und keine Handlungen, dann wird der weitere Zusammenbruch der Presse für den Staat und die Reinlichkeit des öffentlichen Lebens zur schlimmsten und akutesten Gefahr.

*

Der Zeitungstod.

Berlin, 6. Sept. Die „Hanauer Zeitung“, eines der ältesten Blätter Deutschlands, hat ihr Erscheinen eingestellt. Das Organ der Deutsch-Hannoverschen Partei, die „Hannoversche Landeszeitung“, erscheint vom 1. September an nur noch einmal wöchentlich. Am 1. September hat der „Offenbacher Generalanzeiger“, die Morgenausgabe der „Offenbacher Zeitung“, sein Erscheinen eingestellt. Auch die im 27. Jahrgang erscheinende „Neue Friedberger Zeitung“ stellte mit dem 1. September ihr Erscheinen ein. Eines der ältesten demokratischen Blätter Schlesiens, die im 76. Jahrgang erscheinende „Breslauer Morgenzeitung“, stellt mit dem Ablauf des Monats September ihr Erscheinen ein. Die „Große Leipziger Illustrierte Zeitung“, die in dem bekannten Verlag von J. J. Weber in Leipzig erschien (der Preis beträgt jetzt 75 M für die Einzelnummer) stellt ihr Erscheinen mit Ende dieses Monats ein. „Das Buch für Alle“, herausgegeben von der Verlagsanstalt Union in Stuttgart, hat soeben seine letzte Nummer ausgegeben und stellt sein Erscheinen bis auf weiteres ein. Max Hardens „Zukunft“ erscheint bereits seit Ende Juli nicht mehr.

Außenpolitische Übersicht.

Nauru, die Phosphatinsel.

Südlich der Marschallinseln liegt die kleine Insel Nauru, einst deutscher Kolonialbesitz, jetzt „unter englischem Mandat“. Nauru umfaßt nur fünf Quadratkilometer, aber das Inselchen ist sehr reich an Phosphaten. Jetzt hat England sein Mandat benutzt und die Phosphate nach seinem Gutdünken verteilt. Schon aber protestieren die Vereinigten Staaten. Nicht wegen der fünf Quadratkilometer, sondern wegen der ungeheuer wertvollen Phosphate! Wegen solcher positiven Werte kommt es den Amerikanern auch nicht darauf an, sich an den — Völkerbund zu wenden, den er sonst sehr kühl behandelt.

Schade, daß wir nicht die Phosphatinsel während der dreißig Jahre deutscher Herrschaft voll ausgenutzt haben!

Der Waffenstillstand.

London, 6. Sept. (Reuter.) Die griechische Regierung appellierte an die Mächte, einen Waffenstillstand herbeizuführen. Dies führte zu einem Meinungsaustausch zwischen London, Paris und Rom. Die betreffenden alliierten Oberkommissare in Konstantinopel werden angewiesen, gemeinsam die Maßnahmen zur Herbeiführung der Einstellung der Feindseligkeiten zu erörtern.

Vom Kriegsschauplatz.

Paris, 6. Sept. (Griechischer Heeresbericht.) Nach einer hier eingetroffenen amtlichen Meldung aus Athen hat das erste griechische Armeekorps, von dem man bisher keine Nachricht hatte, sich westlich von Uschak mit dem griechischen Gros vereinigt. (Der türkische Sieg bei Afiun-Karahissar beruhte auf der Zersprengung der griechischen Armee in zwei Teile. Durch einen sehr eiligen Westmarsch beider Flügel ist nun die Wiedervereinigung geglückt. Uschak liegt genau westlich von Karahissar.)

Die Japaner räumen Sibirien.

Paris, 6. Sept. (Havas.) Am Montag hat die militärische Räumung Sibiriens durch die Japaner begonnen.

„Volle Anerkennung!“

Genf, 6. Sept. (WTB.) Der Völkerbundsrat genehmigte in seiner letzten Sitzung den Bericht der Mandatskommission über die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien und sprach der Kommission seine Anerkennung aus.

Marcel Sembat †.

Paris, 6. Sept. (WTB.) Der Abg. Marcel Sembat ist nach einer Havasmeldung plötzlich in Chamonix gestorben. Er gehörte der sozialistischen Partei an und war Minister für öffentliche Arbeiten in dem am 27. August 1914 gebildeten Ministerium Viviani, dem sogen. Ministerium der nationalen Verteidigung, sowie Arbeitsminister in dem am 30. Oktober 1915 gebildeten Ministerium Briand.

Wichtiges vom Tage.

Die Konferenz der Ernährungsminister unter Vorsitz des Reichsernährungsministers Fehr hat in Hamburg begonnen. In der allgemeinen Aussprache wurde hauptsächlich die Getreide- und Brotversorgung besprochen.

*

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Freitag den 8. September einberufen worden. Dagegen steht es noch nicht fest, wann der Reichskanzler die Parteiführer empfangen wird, um sie über die Verhandlungen mit den belgischen Vertretern zu informieren.

*

Der Hauptvorwurf, der gegen den Regierungskommissar Hektor von dem saarländischen Landtage und den politischen Parteien des Saargebietes erhoben wird, ist der, daß er als Bürgermeister von Saarlouis eine Adresse rein wirtschaftlichen Inhaltes in der französischen Übersetzung zu einer Ergebenheitsadresse an Frankreich verfälscht habe. Hektor hat also dieselbe List gebraucht, wie die französische Regierung, als sie Wilson durch Vorlage einer gefälschten Eingabe mit 150 000 Unterschriften zu der Zustimmung zu einer Besetzung des Saargebietes brachte, die seinen oft verkündeten Grundsätzen geradezu ins Gesicht schlug.

*

Die Eingabe des Landesrates und der Parteien des Saargebietes gegen das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Dr. Hektor, beim Völkerbunde hat kein Ergebnis gehabt. Der Völkerbundsrat hat Hektor nicht nur weiter bestätigt, sondern ihm sogar ausdrücklich noch den Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen! Diese Entscheidung beweist, daß der Völkerbund seine Pflicht, das Saargebiet in dessen Interesse zu verwalten, in keiner Weise erfüllt, sondern lediglich französische Interessen wahrnimmt. Die Saardeutschen versuchen jedoch alles. Nachdem bereits in der vorigen Woche drei Vertreter der Saarbevölkerung zwecks Fühlungnahme mit dem Völkerbundsrat in Genf geweilt haben, wird heute morgen eine größere Abordnung der politischen Parteien des Landesrates in Genf eintreffen, um mit den Mitgliedern der Versammlung Fühlung zu nehmen.

*

Die Deutschnationalen in Baden haben dem Reichstagsabgeordneten Dr. Düringer ihr Mißtrauen ausgesprochen und ihn aufgefordert, sein Amt als Landesvorsitzender und sein Reichstagsmandat niderzulegen. Düringer gehört zu den geachtetsten Mitgliedern des Parlaments; er ist aus der deutschnationalen Fraktion ausgetreten, weil diese den Trennungsstrich gegen die „Völkischen“ nicht streng genug zog. Er teilt nunmehr das Schicksal Delbrücks und Anna v. Gierke's.

*

Die preußische Regierung beginnt den Kampf gegen das Schlemmerunwesen mit großer Energie. Sie empfiehlt, diejenigen Gaststätten, in denen die Preise höher sind als ortsüblich, mit einer Steuer zu belegen, die sich entsprechend der Höhe der Überschreitung staffelt. Die eingehenden Gelder, die von dem Verzehrer zu entrichten sind, sollen zur Linderung der Not verwendet werden. Aus sozialen und sittlichen Gründen ist dem Vorgehen der preußischen Regierung der beste Erfolg zu wünschen.

*

Der neue Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich ist soeben erschienen. Der dicke Band enthält nur Zahlen und Daten. Aber für den, der zu lesen weiß, steht hinter den endlosen trockenen Zahlenreihen das ganze Elend Deutschlands infolge des verlorenen Krieges geschrieben: Gebietsverluste, Besatzungsleiden, Teuerung, Rückgang des Verbrauches, Rückgang der Arbeitsleistungen, Zunahme der Krankheiten.

*

Wie der „Temps“ aus Bukarest meldet, ist dort ein Komplott gegen die königliche Familie entdeckt worden, das während der Krönungsfeierlichkeiten ausgeführt werden sollte. Die Urheber des Komplotts seien verhaftet. Es seien ehemalige bulgarische Offiziere, die der Organisation des Obersten Gaboreski von Berczin angehörten. Sie hätten ein vollständiges Geständnis abgelegt und vor allem zugegeben, daß die bei ihnen entdeckten Explosivstoffe dazu bestimmt gewesen seien, während der Feierlichkeiten die Tribünen der königlichen Familie und der Diplomaten in die Luft zu sprengen.

Deutschland.

Eine Entschließung der deutschen Ernährungsminister.

Hamburg, 6. Sept. (WTB.) Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister und der Landwirtschaftsminister, die hier am Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsministers Fehr tagte, hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Da in Deutschland nach dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete noch weniger als früher genügend Nahrungsmittel erzeugt werden können und Deutschland namentlich auf dem Gebiete der Versorgung mit Brotgetreide, Futtermitteln und Fetten in hohem Maße auf Einfuhr angewiesen ist, kann eine wirkliche Besserung des Standes der Ernährung wie hinsichtlich der Preise bei dem heutigen Stand der Produktion nicht ohne Änderung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands eintreten. Voraussetzung sei die Herabsetzung der Reparationslasten. Zur sparsameren und zweckmäßigeren Verwendung der Lebensmittel wird ein

Verbot des Starkbierbrauens empfohlen,

ferner die Einschränkung der Brauerei überhaupt und ein Verbot der Verwendung von Inlandszucker zur gewerbsmäßigen Herstellung von Süßigkeiten und Likören. In der Geteideversorgung wird anerkannt, daß entsprechend der Geldentwertung und der hohen Produktionskosten der Preis für das Umlagegetreide wird erhöht werden müssen. Es wir aber auch gefordert, daß die Umlage streng durchgeführt wird und daß eventuell die Resistenz gegen diese mit den schärfsten Mitteln des Gesetzes bekämpft werden soll.

Die Reichsinderziffer.

Berlin, 6. Sept. (WTB.) Die Reichsinderziffer für die Lebensunterhaltungskosten stieg nach den Erhebungen des statistischen Amtes über Aufwendung für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt im August auf 7029 gegenüber 4920 im Juli. Die Steigerung beträgt 40,9 vom Hundert und übertrifft somit den Steigerungssatz von 32 Prozent von Juni zu Juli noch erheblich. Die Reichsinderziffer für Ernährungskosten stellte sich im Durchschnitt im August auf 2746. Sie ist gegenüber dem Vormonat mithin etwas stärker als die Gesamtausgaben gestiegen. Fast sämtliche Lebensmittel, Kartoffeln und Gemüse ausgenommen, zogen weiter stark im Preise an, auch Heiz- und Leuchtstoffe wurden erheblich teurer.

Die Verwaltungsreform.

Berlin, 5. Sept. (Priv.-Telegr.) Dem preußischen Staatsrat ist laut „Germania“ eine vom Innenminister unterzeichnete Übersicht über die kommunale Verwaltungsreform in Preußen zugegangen. Die Denkschrift lehnt die Forderung auf Beseitigung des Dualismus in der Provinzialinstanz, der in der Zuständigkeit von Oberpräsidium und Bezirksregierung auf den gleichen Gebieten besteht, ab. Ebenso wird auch die Kommunalisierung der Landräte abgelehnt. In den gemeinsamen Grundsätzen für die neuen Gemeindeverfassungsgesetze hält die Denkschrift für die Provinz eine Abgrenzung der Befugnisse nicht für erforderlich. Durch die Bildung von Landbürgermeistereien soll dagegen in den Landkreisen ein festerer Zusammenschluß erreicht werden. (So taucht von Zeit zu Zeit die Verwaltungsreform aus der Versenkung auf, die seit drei Jahrzehnte auf Millionen Bogen diskutiert wurde. Seit Jahrzehnten!)

Das Siedlungswesen.

Zu den Fragen, die seit der Revolution im Vordergrund des Interesses stehen und von deren glücklicher Lösung ein großer Teil des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes abhängt, gehört das Siedlungsproblem. Von einer großen Anzahl von Schriften über diese volkswirtschaftlich und sozialpolitisch gleich wichtige Frage vermag sich keine mit der Abhandlung des Generalsekretärs des Deutschen Bauernbundes Richard Bax (Merseburg, Druck und Verlag der Firma Th. Rößner, Preis broschiert 5 M) zu messen. Aus der Praxis für die Praxis geschrieben, unterscheidet sie sich damit grundsätzlich von allen sonstigen Kommentaren zum Siedlungsgesetz. Was der Verfasser in hunderten von Terminen, oft genug im Kampf mit den Vertretern der Kulturämter, erfahren, was er in allen Gegenden des Deutschen Reiches erlebt hat, ist in der knappen Broschüre anschaulich dargestellt. Jeder, der sich für Siedlung interessiert, vor allem auch der Anliegersiedler und der Kleinpächter, findet hier aus reicher Erfahrung heraus nicht nur das verwickelte Paragraphenwerk für die Praxis ausgelegt, sondern auch ein Nachschlageheft für alles, was er an gesetzlichem und volkswirtschaftlichem Wissen braucht.

Provinz und Nachbarländer.

Neue Bezirksgruppen der REA.

Halle, 6. Sept. Der Landesverband Sachsen-Anhalt des Reichsverbandes der Elektrizitätsabnehmer (REA.) e. V. beabsichtigt die Gründung von Bezirksgruppen in Naumburg und Halle, nachdem bereits in den letzten Wochen Bezirksgruppen in Magdeburg, Halberstadt, Anhalt, Wittenberg und Nordhausen gegründet worden sind. Zu diesem Zweck findet je eine Versammlung am Donnerstag, 7. September, statt, und zwar vormittags 11 Uhr in Halle im Haus der Landwirte und nachmittags 2½ Uhr in Naumburg im Hotel Schwarzes Roß. In beiden Versammlungen wird der Vorsitzende des Landesverbandes, Bürgermeister Gothe, Bernburg, über die Organisation des REA. und der Geschäftsführer Dipl. Ing. Volhard, Halle, über die Entwicklung der Strompreise sprechen. Die Bezirksgruppe Halle umfaßt die Gebiete der Überlandzentralen Mansfeld, Amsdorf und Saalkreis Bitterfeld, die Bezirksgruppe Naumburg die Gebiete von Kukwitz, Zeitz-Weißenfels und Camburg. Gemeinden und Großabnehmer, welche Lieferungs- oder Konzessionsverträge mit ihren Stromlieferern abgeschlossen haben, sind zu den Versammlungen eingeladen.

Kleine Rundschau.

In der Seebener Straße in Halle wurde ein **Brauereiarbeiter** von einem Personenkraftwagen überfahren, wodurch er einen Schädelbruch und schwere inneree Verletzungen erlittt. — Die 2jährige Tochter Margarete des Arbeiters Paul Kloppe in Hettstedt wurde von einem Bierwagen überfahren und sofort getötet. — Auf der Elbe bei Magdeburg stießen der Personendampfer „Nixe“ und der Frachtdampfer „Köln“ zusammen. Der Dampfer „Nixe“ ging unter, Passagiere und Besatzung konnten gerettet werden. — In der vergangenen Nacht hat sich ein 20jähriger Student im Schillergarten zu Dessau erschossen. Liebeskummer soll der Grund zur Tat sein. — Der Maurer Acler aus Raschhausen bei Jena stürzte von einem Neubau ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er jetzt daran gestorben ist. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie. — Der Feldhüter Grunewald wurde von noch unbekannten Männern in der Dunkelheit bei Weida verprügelt und bewußtlos liegen gelassen. Nach längerer Zeit schleppte er sich nach Zschorta und wurde von da aus mit einem Fuhrwerk weiter befördert. — Der Schlosser Kupfer verlor in einer steilen Ortsstraße in Appenrode die Gewalt über sein Rad und fuhr gegen einen Gartenzaun. Er erlitt Arm-, Schlüsselbein- und Rippenbrüche und blieb bewußtlos liegen. — Auf dem Werkstättenhof der Eisenbahn in Neuhaldensleben ereignete sich ein tödlicher Unfall. Der Lehrling Köppe wurde beim herunterlassen eines hochgewundenen Wagens von diesem im Rücken getroffen und gequetscht, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat.

Merseburg und Umgegend.

6. September.

Die Verordnung über Preisgestaltung.

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat das Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, nach der vornehmlich die Preisgestaltung der notwendigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Fleisch, Zucker, Fette, Milch, Kartoffeln, Eier, Obst, Gemüse, Kleidungsstücke jeder Art, Wäsche, Schuhwaren sowie Holz und Kohlen fortlaufend und eingehend zu überwachen ist. Zu diesem Zwecke sollen bei den Erzeugern und Händlern, sowie auf den Märkten und in den Betrieben und Geschäften die Preise der in Betracht kommenden Gegenstände nach den maßgebenden Grundsätzen der Preisberechnung, insbesondere nach den Gestehungskosten, nachgeprüft werden. Wo die Vorschriften über Preisschilder und Preisverzeichnisse aufgehoben worden sein sollten, sind diese wieder sofort in Kraft zu setzen. Ihre Durchführung ist — unter Berücksichtigung der Valutazuschläge für Ausländer — streng zu überwachen. Bei der Entgegennahme von Strafanzeigen aus der Bevölkerung haben die Polizeibehörden jedes Entgegenkommen zu zeigen und angezeigte oder sonst festgestellte Wucherfälle mit äußerster Beschleunigung der Strafvollstreckungsbehörde mitzuteilen, um diese nach Möglichkeit in den Stand zu setzen, die Schuldigen einer schnellen Bestrafung entgegenzuführen. Endlich ist dahin zu wirken, daß die Preisprüfungsstellen ihre wichtige Aufgabe mit Tatkraft wieder aufnehmen und durchführen.

*

** **Kartoffelaufkäufe durch die Industrie.** Uns wird geschrieben: Durch die Tagespresse ging vor wenigen Tagen eine Mitteilung, daß rheinische Kartoffelaufkäufer im Auftrage der rheinisch-westfälischen Industrie in der Provinz Sachsen durch Massenaufkäufe von Kartoffeln den Preis für den Zentner bis auf 1400 Mark trieben. Da in diesem Jahre mit einer guten Kartoffelernte zu rechnen ist, sind Massenkäufe durch die Industrie völlig unnötig, sie haben nur, wie das Beispiel zeigt, den Erfolg, daß die Preise in phantastische Höhen getrieben werden.

** **Vergütung für Überstunden der Volksschullehrer.** Das Volksbildungsministerium verordnet: Zu den bisherigen Vergütungen für Überstunden und nebenamtlichen Unterricht wird mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. ab ein Teuerungszuschlag von 100 Prozent gewährt. Die Vergütungssätze betragen demnach: 1. 20 M für die Einzelstunde (800 M für die Jahresstunde) für ungeprüfte Fachlehrer (Fachlehrerinnen) an den Volksschulen. 2. 30 M für die Einzelstunde (1200 Mark für die Jahresstunde) für geprüfte Fachlehrer (Fachlehrerinnen) an den Volksschulen und ungeprüfte Fachlehrer (Fachlehrerinnen) an den höheren Schulen. 3. 40 M für die Einzelstunde (1600 M für die Jahresstunde) für alle übrigen Lehrer und Lehrerinnen.

** **Der achtstündige Arbeitstag für Lehrlinge.** Das Oberlandesgericht Dresden hat in einem Urteil folgende Grundsätze aufgestellt: Lehrlinge in gewerblichen Betrieben sind gewerbliche Arbeiter im Sinne der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter; denn eswürde dem Sinne eines Arbeiterschutzgesetzes widersprechen, wenn der in diesem den älteren Arbeitern gewährte Schutz den besonders schutzbedürftigen Lehrlingen würde vorenthalten werden. Daher gilt auch für sie der achtstündige Arbeitstag. Auch die Aufräumungsarbeiten sind von den Lehrlingen innerhalb der zulässigen Arbeitszeit zu erledigen; sie dürfen nicht zu einer Beschäftigung über acht Stunden hinaus führen. Die Zeit des Fortbildungsschulunterrichtes ist nicht zur Arbeitszeit zu rechnen.

** **Im Verein für Feuerbestattung** wurden am Montag abend im „Alten Dessauer“ nur einige geschäftliche Sachen erledigt. Zunächst machte der Vorsitzende, Dr. Witte, die Mitteilung, daß am Verbandstage der Feuerbestattungsvereine der Provinz Sachsen am 18. Juni d. J. in Erfurt drei Vorstandsmitglieder des hiesigen Vereins teilgenommen haben. Aus dem Bericht über diesen Verbandstag ist hervorzuheben, daß dem Verbande zurzeit 19 Vereine angehören; der Verbandsbeitrag für die einzelnen Vereine ist mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab von 30 auf 50 Pfennig pro Kopf erhöht worden. Eine Resolution, welche die Gleichstellung von Feuer- und Erdbestattung fordert, ist vom Verbandstage angenommen worden; der Beschluß soll den Reichs- und Landesbehörden, Reichs- und Landtag mitgeteilt werden. Weiterhin machte der Vorsitzende auf eine neue Versicherung der Feuerbestattungskasse „Flamme“ in Berlin aufmerksam und verkündete, daß heute 9 Anmeldungen zum Beitritt vorliegen, die Zahl der Vereinsmitglieder hat damit 400 überstiegen. Die Neueintetenden wurden darauf hingewiesen, daß für die, mit amtlichem Stempel zu versehende Erklärung über ihre spätere Einäscherung Formulare im Magistratsbüro bei Herrn Bürodirektor Kirchner bereitliegen. Vom Geistlichen unserer Vorstadt Altenburg lag die schriftliche Mitteilung vor, daß Aschenurnen auf dem Altenburger Friedhofe stets unterirdisch beigesetzt werden können. Ein Besuch des Leipziger Krematoriums wurde für den 17. oder 24. September, die nächste Versammlung für die ersten Tage des Dezember in Aussicht genommen.

** **Vortrag über die Fremdenlegion.** Fast kein Tag vergeht, ohne daß wir von der Tätigkeit von Werbern hören, die deutsche Männer, meist Arbeitslose, unter allerhand lügenhaften Versprechungen in die Fremdenlegion locken. Leider begeben sich auch heute noch viele junge Deutsche in die afrikanische Hölle, da sie in Unkenntnis der wahren Verhältnisse glauben, in der Legion ein interessantes, ruhmreiches Abenteuerleben führen zu können. Sie wissen nicht, daß das elendeste Dasein in der Heimat noch tausendmal besser ist als das Leben in der Fremdenlegion. Da gilt es denn aufzuklären und vor allem der Jugend die Augen zu öffnen, welch trauriges Geschick den Unglücklichen erwartet, der der Legion zum Opfer fällt. Diesem Zweck dient auch der Vortrag, den auf Veranlassung der Liga zum Schutze der deutschen Kultur am Sonnabend den 9. September, abends 8 Uhr, im „Herzog Christian“ Ingenieur Echternacht aus Gießen halten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220906-10/fragment/page=0002

wird. Der Vortrag ist mit Lichtbildern ausgestattet. Es wäre zu wünschen, daß der Vortrag sich eines so zahlreichen Besuches erfreute, wie es der Wichtigkeit des Themas entspricht.

** Der Stenographenverein Stolze-Schrey hielt gestern abend im „Bergschlößchen" eine recht gut besuchte Monatsversammlung ab. Der 2. Vorsitzende, Kaufmann Cäsar, gab einen eingehenden Bericht über die Verbands- und Jubiläumstagung anläßlich des 25jährigen Bestehens der Schule Stolze-Schrey vom 17. bis 22. August in Eisenach. Hier wurden zunächst die Ergebnisse der sogen. Fernwettschreiben der einzelnen Bezirke bekanntgegeben. Von den Merseburger Wettschreibern konnten gute Erfolge erzielt werden. In der Abteilung 200 Silben in der Minute errang Alfred Mehler einen 1. Preis, 160 Silben einen 2. Preis Karl Matzke und einen 3. Preis Kurt Gimpel, 140 Silben je einen 1. Preis Kurt Papsdorf, Rudolf Wolf und Franz Cäsar, einen 3. Preis Marta Burgmann und eine lobende Erwähnung Otto Köhler. In Eisenach selbst fand nun am 20. August das Wettschreiben in den Geschwindigkeiten von 200 Silben aufwärts statt. Vom hiesigen Verein errang Alfred Mehler in 220 Silben eine lobende Erwähnung. — Im Mittelpunkt der Verbandstagung stand die Frage der Schaffung einer Einheitsstenographie. Sie wurde in der geschäftlichen Sitzung, die außer vielen anderen Größen auf stenographischem Gebiete auch von dem greisen Systemerfinder und Mitbegründer der Schule Stolze-Schrey, Ferdinand Schrey, der jetzt im 73. Lebensjahre steht, besucht war, ausgiebig erörtert. Es ist bereits mehrfach auf die Schwächen jenes Einheitsentwurfes hingewiesen worden (in ihm ist u. a. das unpraktische Gabelsbergersche sogen. Radzahn-r verankert), so daß hier nur noch einmal gesagt werden soll, daß der Verbandstag in Eisenach den Einheitsentwurf in dieser Form abgelehnt hat, weil er nichts Besseres, sondern einen Rückschritt darstellt. — Mit Beifall wurde der begeisterte Bericht vom schönen Eisenach durch die Mitglieder aufgenommen. Am Donnerstag den 7. September, abends 8 Uhr, wird in der Landwirtschaftlichen Winterschule ein Anfängerlehrgang beginnen. Außerdem ist für nächste Zeit ein fremdsprachlicher Kursus vorgesehen. —k.

** Jubiläum des Kindergottesdienstes des Domes. In diesem Jahre sind 50 Jahre vergangen, seitdem der Dom-Kindergottesdienst durch Domdiak. Jahr ins Leben gerufen wurde; er war der erste in unserer Stadt und einer der ersten in der ganzen Provinz. Fräulein v. Kathen († 1911) hat sich besonders um denselben verdient gemacht. Die Jubelfeier soll durch einen Familienabend kommenden Sonntag, 10. September, abends ½8 Uhr (pünktlich) begangen werden. Alle früheren Teilnehmer und Mithelferinnen sind dazu eingeladen. Eintritt nur gegen Karten, die aber kostenlos beim Domküster Forbrich abgeholt werden können. Die Feier findet im Schloßgartensalon statt.

** Kammermusikabend im Schloßgartensalon. Allen Merseburger Musikfreunden sind die herrlichen Konzerte in unvergeßlicher Erinnerung, die hier vor Jahren das Dessauer Hoftheater-Orchester unter Mikoreys genialer Leitung gab. Es waren köstliche Stunden im Reiche der Töne. Wieder werden uns nun am 14. September Dessauer Künstler mit edler Musik erquicken und uns für kurze Stunden hinwegtragen über alle Nöte dieser Zeit. Ihr Theater liegt in Schutt und Asche; sie haben keine Heimat mehr. Doch der Geist, der den Körper baut, treibt sie auch hierher, wo ihre Kunst in hohem Ansehen stand, zum Besten des Theater-Neubaufonds zu spielen und so Bausteine zusammenzutragen für ein neues „norddeutsches Bayreuth", dessen Jünger uns auch in Zukunft recht oft mit ihrer Musik erfreuen mögen! Im übrigen verweisen wir auf das Inserat in der gestrigen Ausgabe dieser Zeitung. Das Programm wird noch bekanntgegeben.

** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute morgen am Entenplan. Dort wurden von einem Lastwagen schwere Kisten abgeladen. Ein spielender Knabe geriet unter eine Kiste und wurde verletzt. Das bewußtlose Kind mußte in ärztliche Behandlung genommen werden. Wie Augenzeugen versichern, ist dem abladenden Kutscher keinerlei Schuld beizumessen. n.

*

Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen.

Der Verwaltungsbericht der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen für das Jahr 1921 zeigt wieder ein sehr günstiges Bild. Der Gesamtüberschuß beträgt 619 426 M gegen 236 894 M im Vorjahre. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Anstalt bekanntlich von vornherein wesentlich geringere Beitragssätze erhebt, als sonst allgemein üblich sind. Für die Rückgewähr der Überschußanteile im Jahre 1922 haben sich die gleichen Grundzahlen ergeben wie im Vorjahre, so daß mit längerer Dauer der einzelnen Versicherung eine Erhöhung der Überschußanteile eintritt. Der Versicherungsbestand hat sich im Jahre 1921 wiederum nahezu verdoppelt. Das Anwachsen der Versicherungssumme hat im laufenden Jahre nicht nur angehalten, sondern sich noch erheblich verstärkt. Dadurch ist es gelungen, die Verwaltungskosten allen widrigen Umständen entgegen in durchaus mäßigen Grenzen zu halten und damit eine Erhöhung der sehr niedrigen Tarife oder die Einführung besonderer Teuerungszuschläge zu vermeiden.

Wie wir bereits früher mitgeteilt haben, soll die Grundlage der Anstalt durch Hinzutritt des Sparkassen- und Giroverbandes und durch Ausdehnung auf den Freistaat Thüringen erweitert werden, so daß dann die Anstalt ihre gemeinnützigen Aufgaben zum Nutzen der Einwohner ihres Arbeitsgebietes noch besser wird erfüllen können.

*

Tageskalender.

Mittwoch, 6. September.
Park-Café: Künstler-Musik.
Geflügelzüchterverein: Beths Gesellschaftshaus, 8 Uhr.
Tivoli: Konzert zum Besten des Christianen-Waisenhauses.

Donnerstag, 7. September
Beth: Gesellschaftsabend.
Stolze-Schrey: Anfängerkursus, Beginn 8 Uhr.

Freitag, 8. September.
Beamtenwirtschaftsverein: Außerordentl. Generalversammlung.

Sonntag, 10. September.
Schrebergärtenverein „Nord": Obst- und Gemüse-Schau.

*

Wetterwarte.

B. W. am 7. 9. (Donnerstag): Vielfach heiter, trocken, nachts kühl, tagsüber ziemlich warm. — 8. 9. (Freitag): Trübung, milde, strichweise Regen.

Sitzung des Kreistages.

(Schluß.)

Bei der Neuregelung des Kreiszuschusses für den Landrat

gemäß Schreiben der Landratsvereinigung der Provinz Sachsen tritt auch Abg. Schmöller (KPD.) für die gleitende Lohnskala ein, verlangt aber auch gegenüber den unteren Schichten das gleiche Verfahren. Dann wird der Regelung zugestimmt.

Bewilligung eines Darlehens von 500 000 M für die Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend.

Abg. Pätzold (US.) beantragt Erhöhung auf 2 Mill. Mark. Abg. Meyer (D. Vpt.) lehnt namens der Gemeinden die Verantwortlichkeit für die Versorgung der Bevölkerung ab. Abg. Fricke (Dem.) wünscht die Ausdehnung dieser Darlehenssumme auch auf die Gemeinden, die die Versorgung in die Hand nehmen. Abgg. Kneipp und Cornely wenden sich gegen die Ausführungen des Abg. Meyer. Selbstverständlich sei es Aufgabe der Gemeinden, diese Lebensfragen zu erledigen. Die beantragten 2 Mill. Mark werden einstimmig bewilligt.

Abg. Förster begründet den Antrag der sog. Bg. Vgg. auf

Herabsetzung des Ablieferungssolls an Brotgetreide für das Wirtschaftsjahr 1922/23.

Abg. Burkhardt (Dem.) schließt sich den Ausführungen an. Abg. Schmöller (KPD.) kann nicht zustimmen. Schon im Parlament ist das Lieferungssoll herabgedrückt. Noch weitergehen hieße das gesamte Gebäude der Umlage einreißen. Was nützen denn angesichts aller Preise die Fürsorgemaßnahmen, wenn Milch, Eier usw. unerschwinglich sind?

Abg. Niele (Bg. Vgg.) weist auf die hohen Preise für Ammoniak hin. Die Rückkehr zur Zwangswirtschaft würde noch viel mehr verteuernd wirken.

Landrat Guske weist darauf hin, daß bei der diesjährigen Umlage der Kreis Merseburg erheblich höher herangezogen worden ist wie die übrigen zum Regierungsbezirk gehörigen Kreise.

Abg. Kneipp (US.) empfiehlt der Bürgerlichen Vereinigung, ihren Antrag nicht an den Kreistag zu stellen, seine Fraktion fühlt sich nicht fähig zur Nachprüfung der Angelegenheit; der Antrag müsse an eine andere Stelle gerichtet werden. Nach einer längeren Debatte schlägt dann der Landrat folgende Resolution vor:

„Der Kreistag stellt fest, daß nach den ihm vorgelegten Unterlagen in Verbindung mit dem voraussichtlichen Ausfall der diesjährigen Ernte das Umlagesoll des Kreises Merseburg für das Wirtschaftsjahr 1922/23 unerfüllbar erscheint. Der Kreisausschuß wird beauftragt, nach dem Ausfall der Prüfung des Beschwerdeausschusses eine nochmalige Prüfung des Umlagesolls zu veranlassen."

Die große Mehrheit des Kreistages entschließt sich für diese Resolution.

Die Ergebnisse der Wahlen

haben sich folgendermaßen gestaltet:

Zum Ausschuß zur Durchführung der Verbrauchsregelung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1922/23: Bäckermeister Höher-Merseburg, Malermeister Fricke, Lagerhalter Schröter-Muschwitz, Wentschek-Merseburg.

Schiedsmann für den 8. Bezirk: Karl Böhme, Maurer, in Wehlitz.

Schiedsmannstellvertreter für den 9. Bezirk: Gutsbesitzer Tamm.

Schiedsmannstellvertreter für den 16. Bezirk: Friedr. Schulze, Maurer, in Papitz.

Amtsvorsteher und Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Teuditz: Hermann Wilde, Lagerhalter und Franz Liebert, Maurer.

Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Wallendorf: Landwirt Weinstein-Pretzsch.

Amtsvorsteher für die Amtsbezirke Dölkau und Kleinliebenau: Friedrich Müller, Arbeiter, in Zöschen.

Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Großgörschen: Kurt Ellerich in Kleingörschen.

Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Delitz a. B.: Karl Kittelmann, Gastwirt, in Delitz.

Amtsvorsteher-Stellvertreter für den Amtsbezirk Schkopau: Emil Haugk.

Kommissarischer Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Mobelwitz: Hirschfeld.

Vertrauensmänner für die bei den Amtsgerichten zusammentretenden Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen werden im

Amtsgericht Merseburg: Wilhelm Schmöller-Keuschberg, Paul Rießland-Kötzschen, Oskar Wagner-Neu-Rössen, Karl Pöhlitz, Schlegel-Kötzschen, Herfurth-Kötzschen, Köhler;

Amtsgericht Lauchstädt: Otto Markgraf-Delitz a. B., Karl Münch-Lauchstädt, Karl Zimmermann-Schotterey, Friedrich Ebert-Lauchstädt, Vogel und Flick, beide in Lauchstädt und Rath-Lauchstädt;

Amtsgericht Lützen: Gustav Tille-Lützen, Ernst Winkler-Lützen, Hermann Böttcher-Bothfeld, Hermann Winkler, Großgörschen, Lorenz-Lützen, Weber-Lützen, Schumann-Bothfeld;

Amtsgericht Schkeuditz: Julius Galle-Schkeuditz, Wilhelm Böhme-Schkeuditz, Max Asner, Friedrich Boge-Papitz, Weicker und Burkhardt aus Schkeuditz;

Amtsgericht Halle: Willy Schmidt.

Kurz nach ½5 Uhr schloß der Landrat die Sitzung des Kreistages.

---

§ Lochau, 5. Sept. Eine trübe Erfahrung mußten in vergangener Woche zwei hiesige Ackerbesitzer machen; denn als sie morgens ihre Gurkenfelder in Augenschein nahmen, mußten sie wahrnehmen, daß ihnen Diebe über Nacht den Anhang der Samengurken, welche zur Samengewinnung und deren Schalen als Senfgurken Verwendung finden sollten, entwendet hatten. Über den Verbleib des gestohlenen Gutes konnte leider nichts ermittelt werden. Der Verlust ist ein ziemlich erheblicher.

§ Aus dem Elstertale, 5. Sept. Endlich ist nun auch die Garbengetreideernte auf den größeren Wirtschaften geborgen. Die häufigen öfter wiederkehrenden Niederschläge verzögerten die Arbeiten und verhinderten das Einbringen ungemein; jede sich bietende Möglichkeit mußte benutzt werden, um zu ernten. Die Folge war, daß im allgemeinen der Erntesegen nicht so trocken eingescheuert worden ist, wie dies sonst üblich ist, und ein alsbaldiger Ausdrusch hier und da geboten war, um die Körner vor dem Verderben zu schützen. Rübensamen, welcher bei den massigen Stengeln schwer trocknet, bildet dann den eigentlichen Ernteschluß vor der Hackfruchternte. Erneut beginnt dann die Herbstbestellung, welche sich bis zur Einwinterung hinzieht, da in der Regel auch noch Rüben- und Kartoffelstoppeln, wenn irgend angängig, bestellt werden müssen.

§ Aus der Elster- und Luppenaue, 5. Sept. Die Zeit der Erntedankfeste ist herangerückt, da im Neupreußischen das Erntedankfest in der Regel nach beendeter Ernte und Vereinbarung der einzelnen Gemeinden mit den betreffenden Ortsgeistlichen festlich begangen wird. Vergangenen Sonntag fanden die ersten Erntedankfestfeiern statt, denen sich die nächsten an den kommenden Sonntagen anreihen.

Typhuserkrankungen in Schkeuditz.

Schkeuditz, 6. Sept. In den letzten Tagen sind mehrere Bewohner der Privatstraße an Typhus erkrankt. Um einer Weiterverbreitung der äußerst gefährlichen Krankheit vozubeugen, wurden zwei der Erkrankten der Klinik in Halle zugeführt.

Schafstädt und Umgegend.

Schafstädt, 6. Sept. Der Maurerlehrling Haring aus Niederwünsch stürzte am Dienstag früh gegen 8 Uhr von einem Dache der hiesigen Zuckerfabrik so unglücklich herab, daß er sich schwere Verletzungen zuzog, welche seine Überführung ins Krankenhaus notwendig machten.

Grillparzer in Lauchstädt.

Lauchstädt, 6. Sept. Bei der Schülerinnenaufführung des Lyzeums von Weißenfels, die am Sonntag im Goethetheater stattfand, war das Haus nahezu ausverkauft. Die einleitenden Gesänge von Schumann und Schubert, die von Studiendirektor Seele-Merseburg und Fräulein Margarete Kramer-Halle vorgetragen wurden, gaben dem Fest einen weihevollen Auftakt. Direktor Seele erfreute uns wieder mit seiner klangvollen Stimme und warmen Empfindung. Stürmischen Beifall errang sich durch ihren Gesang Fräulein Kramer. Sie hat ihre Ausbildung als Sängerin jetzt nahezu beendet, und verspricht ein Stern am Musikhimmel zu werden. Die Sängerin verbindet Kraft der Stimme mit weichster Tongebung, und ihr Organ hat einen außerordentlichen Umfang. Auch in den hohen Lagen klang die Stimme gleich angenehm. Mühelos perlten die Töne ihr über die Lippen. Man hätte ihr noch lange lauschen können, und wir hoffen, Fräulein Kramer noch öfter zu hören. Doch Grillparzer verlangte sein Recht, und so begann das Spiel von der Wahrheit und der Lüge „Weh dem, der lügt!" Die Mädel taten ihr Bestes und ernteten reichlichen verdienten Beifall. Gestern, Dienstag, fand die Grillparzerfeier der Lyzeen Bitterfeld, Merseburg, Weißenfels und Zeitz in Lauchstädt statt. Das Fest nahm einen harmonischen Verlauf.

Turnen — Spiel — Sport.

99 gewinnt den Staffellauf „Rund um Dürrenberg".

Ähnlich dem Merseburger Großstafellauf veranstaltete am letzten Sonntag der VfB.-Dürrenberg ein „Rund um Dürrenberg". Gestartet wurde auf dem Marktplatz. Von dort durch die Straßen Dürrenbergs über Lützen, Merseburg nach Vesta. Hier wechselten Radfahrer mit Paddlern. Dann übernahmen Schwimmer den Stab und vom Rad brachten wieder Läufer den Stab zum Platz. 99 siegte überlegen mit 500 Meter Vorsprung mit seiner ersten Mannschaft Meißner, Kamm, Gebr. Weber Bartelsen Schleicher-Schütze, Breitung I, Frl. Brandin. Abends gab es im Café Ortel einen Festabend.

Die Wasserballmannschaft der Merseburger Schwimmerschaft trug am Sonntag gegen den Schwimm-Club Neptun Weißenfels das Wasserballrückspiel aus, welches Merseburg infolge Ersatzeinstellung nicht für sich entscheiden konnte. Die Merseburger Mannschaft gab sich alle Mühe, den an schnelles Arbeiten gewohnten Gegner beizukommen, was ihr aber nur zum Teil gelang. Weißenfels legte sich fortwährend mächtig ins Zeug, konnte jedoch trotz größter Anstrengung nur wenige Tore erzielen. Bei vollzähliger Mannschaft wäre der Kampf für Neptun ein harter geworden und der Erfolg für Weißenfels fraglich. Der Schiedsrichter Neuthor-Dürrenberg hatte das Spiel in Händen. Anstelle des Dürrenberger Schwimm-Vereins konnte die Merseburger Schwimmerschaft die Jugendlagenstaffel 4×50 Meter, allerdings außer Konkurrenz, belegen. Merseburg siegte überlegen gegen Neptun Weißenfels in 2,50,4 Min. Weißenfels blieb fast eine halbe Bahnlänge zurück.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 5. September.

Die deutsche Mark — Pfennige im Ausland.

Festgestellt auf Grund der amtlichen Berliner Devisenkurse.

In:	5./9.	4./9.	In:	5./9.	4./9.
Holland	0,8	0,8	England	0,3	0,3
Belgien	0,7	0,7	Amerika	0,3	0,3
Norwegen	0,4	0,5	Frankreich	0,7	0,7
Dänemark	0,4	0,4	Schweiz	0,3	0,3
Schweden	0,3	0,3	Spanien	0,4	0,4
Italien	1,2	1,3	Tschechoslowakei	1,7	1,8

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver., alte	230,—	Eisenwerk Brünner	605,—	Gottfried Lindner	668,—
Hall. Pfännerschaft	668,—	Halle Zimmerm., St.	470,—	Wegelin u. Hübner	780,—
Riebeck Montan	2750,—	Hall Maschinenfabr.	—,—	Zeitzer Maschinen	—,—
Werschen-Weißenfels	3700,—	Glanziger Zucker	1755,—	Zuckerraffin. Halle	1175,—
Ammendorf. Papier	1880,—	Halle Zement	—,—	Halle-Hettstedt Lit. A	275,—
Aktienmalzf. Könnern	1600,—	Körbisdorfer Zucker	—,—	do. do. Lit. B	202,—
Eilenburger Kattun	2700,—	Kyffhäuser-Hütte	550,—	Bruckdorf-Nietleben	—,—

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse.

Weizen, per 50 Kg. netto, hiesiger 2850—3100 bz. Brf., brauner (märk.) 2850—3100 bz. Brf., ruhig. Roggen, per 50 Kg. netto, hiesiger 2500—2750 bz. Brf., preußischer (Sandr.) 2500—2750 bz. Brf., fest: Gerste, per 50 Kg. netto, Sommergerste, hiesige 2700—3000 bz. Brf., Saalegerste 2700—3000 bz. Brf., Wintergerste 2500—2800 bz. Brf., behauptet. Mais, per 50 Kg. netto, amerikanischer 2800—2900 bz. Brf., runder 2800—2900 bz. Brf. Raps, per 50 Kg. netto, 3500—3900 bz. Brf.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 2875—2950, fester; Roggen märkischer 2450 bis 2625—2500, fester, Schluß matter; Hafer, märkischer 2750—2775, behauptet; Mais, ohne Provenienzangabe, loko Berlin 2650, ab Hamburg 2600—2650, behauptet; Weizenmehl 7800—8500, feinstes höher, ruhig; Roggenmehl 6100—6700, ruhig; Weizenkleie 1700—1750, stetig; Roggenkleie 1700— 1750, stetig; Raps 3600; Viktoriaerbsen 4800—5000, kleine Speiseerbsen 4000—4100, Futtererbsen 2700—2800, Ackerbohnen 2600 bis 2800, blaue Lupinen 1600—1800, gelbe Lupinen1900—2100, Rapskuchen 1900—2000, Leinkuchen 2800—3200, Trockenschnitzel, prompt 1900. Zuckerschnitzel 2000—2300, Torfmelasse 1350—1450, Kartoffeln, weiße 220—230, rote 210—220.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.).

Stroh und Heu.

Im nichtamtlichen Verkehr der Berliner Börse wurden folgende Preise notiert: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt, Haferstroh, gebündeltes Roggenlangstroh 540—580, Heu, gutes 610—660, handelsüblich 540—610.

Vermischte Nachrichten.

Ein Bombenanschlag auf die Mannheimer Börse.

Mannheim, 6. Sept. Ein Handgranatenanschlag wurde Dienstag nachmittag 2,15 Uhr in dem auf den sogen. Planken gelegenen Börsengebäude verübt. Ein junger Mann, der sich längere Zeit in dem Hausflur aufgehalten hatte, warf eine Handgranate in den Börsensaal. Da die Börse schon geschlossen war und sich infolgedessen niemand mehr in dem Saal befand, wurde niemand durch die Bombe verletzt. Der Gebäudeschaden dagegen ist ziemlich groß. Der Täter wurde festgenommen, er ist der Nationalsozialist Paul Jansen. — Vielleicht gelingt es durch diese Verhaftung, auch die Täter zu ermitteln, die am 4. Juli den Bombenanschlag auf das Mannheimer Gewerkschaftshaus verübten.

40 Bergarbeiter verschüttet.

London, 6. Sept. Bei einer großen Bergwerksexplosion in Witehaven an der Cumberlandküste wurden 40 Arbeiter in einem Schacht von Steinkohlen verschüttet. Bisher sind 10 Leichen geborgen. Man hat wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen. Viele Rettungsmannschaften wurden besinnungslos an die Oberfläche gebracht.

3000 Granaten explodiert.

Paris, 5. Sept. (Havas) Nach einer Meldung aus Poitiers ist gestern früh ein Munitionsdepot, in dem eine Feuersbrunst ausgebrochen war, mit 3000 Granaten in die Luft geflogen. Es fielen auch Granaten in die Stadt. Mehr als 1600 Meter vom Explosionsort entfernt ist an den militärischen Gebäuden und den Häusern der Umgebung bedeutender Schaden angerichtet worden. Menschenverluste sind nicht zu beklagen.

Ein Personenzug im Wartesaal.

Oppeln, 5. Sept. (WTB.) Die Reichsbahndirektion Oppeln teilt mit: Der von Loslau kommende Personenzug ist bei der Einfahrt in den Bahnhof Annaberg, Oberschlesien, über den Prellbock des Einfahrtsgleises hinaus durch den Zollschuppen in den Warteraum dritter Klasse des Empfangsgebäudes gefahren. Der polnische Zugführer, ein deutscher Zugabfertiger und einige Reisende sowie ein im Warteraum sich aufhaltendes Kind sind leicht verletzt worden. Der Unfall ist vermutlich auf verspätetes Einsetzen der Luftdruckbremsen zurückzuführen.

Zwei Litfaßsäulen-Marder.

Aus Berlin wird gemeldet:

Gerade in der letzten Zeit wurden Anschlagsäulen des öfteren von sog. Altpapierliebhabern völlig entkleidet, denen der Verkauf dieses heute wertvollen Materials ein ansehnliches Nebeneinkommen bietet. Freitag abend beobachtete nun ein Posten der Schupo in der Palisadenstraße wie 8 Männer damit beschäftigt waren, die Plakate von den Litfaßsäulen gewaltsam zu entfernen und in mitgebrachte Säcke zu verpacken. Auf der Polizeiwache wurden sie als 26jähriger, bereits mehrmals vorbestrafter Schlächter Bernhard J. und als 31jähriger Zuschläger Friedrich Z. festgestellt. Ihre Beute des Abends waren bereits zwei gefüllte große Säcke.

Schweres Automobilunglück bei Prag.

Prag, 5. Sept. Am vergangenen Sonntag unternahmen 180 Arbeiter aus Prerau einen Ausflug nach Bufaus in drei Lastautomobilen. Bei der Rückfahrt war das eine Automobil mit 42 Personen besetzt. Bei einer scharfen Biegung riß sich durch die große Belastung der Kasten des Wagens los und stürzte in einen Abgrund. Der schwere Unfall forderte 2 Tote, 13 Schwerverletzte und 18 Leichtverletzte.

Disziplinierung des Prinzen Georg von Serbien.

Belgrad, 5. Sept. Der königliche Adjutant General Radovic erklärt, daß König Alexander nach der Entscheidung des Ministerrates in Laibach Prinz Georg wegen Verbreitung unwahrer Nachrichten bestraft hat und war erstens hat Prinz Georg bis auf weiteres in Nisch zu wohnen, und zweitens wird Prinz Georg aller Ehren, die ihm als Mitglied des königlichen Hauses gebühren, auf 20 Monate verlustig erklärt. Dem Prinzen ist in Nisch eine bequeme Wohnung zur Verfügung gestellt worden. Die Regierung wird sich in die rein persönlichen Angelegenheiten nicht einmengen, weil dem König nach dem Familiengesetz das Recht zusteht, jedem Mitgliede des Königshauses seinen Wohnsitz respektiv Aufenthaltsort anzuweisen.

*

Prinz Georg führt seit längerer Zeit einen erbitterten Kampf um sein Erbanteil aus dem Vermögen des verstorbenen Königs und beschuldigte in schärfster Form den Ministerpräsidenten Pasitsch der Unterschlagung dieses Anteils und der Beseitigung des väterlichen Testaments.

Die zarte Menschenpflanze will gepflegt sein und gedeiht nur, wenn die Ernährung richtig ist. Nestle's Kindermehl erfüllt alle Anforderungen, die man an ein Stärkungs- und Nahrungsmittel für kleine Kinder stellen kann. Illustrierte Broschüre über die Pflege des Kindes kostenlos erhältlich durch „Linda"-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 57.

Leitung: Franz Rößner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil und Feuilleton; Kurt Weinhold für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Franz Gomm für den Anzeigen- und Reklameteil, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Aßmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220906-10/fragment/page=0003

Auf Koltenhausen.

Original-Roman von E. Krickeberg.

10. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie empfand, diesem Manne würde sie öfter begegnen, und vor ihm mußte sie sich wappnen. Er schien ihr Feind zu sein vom ersten Augenblick ihrer Begegnung an, obwohl ihr das völlig unerklärlich war. Er hatte zum mindesten bei ihrem zufälligen Zusammentreffen in der Bahn nicht wissen können, daß sie zum Haushalt der Gräfin Koltenhausen gehörte, also mußte sie ihm persönlich einen ebenso entschieden abstoßenden Eindruck gemacht haben, wie er ihr. Alles trat ihr hier so merkwürdig ungastlich entgegen. Finster grübelte sie vor sich hin. Erst als sie an die Stelle der Straße kam, wo die alte Burg „Zum Hohen Stein" vom Felsgipfel herabgrüßte, wurden ihre Gedanken in freundlichere Bahnen gelenkt.

Welch ein gewaltiges Bauwerk, noch jetzt in seinen Trümmern, dieser Adlerhorst dort oben, und welch eine unvergleichlich herrliche Lage, das ganze Flußtal beherrschend, bis weit ins Gebirge hinein. Die alten Herren verstanden doch vorzüglich, die günstigsten Plätze für ihre Herren- und Herrschersitze zu wählen. Auf Meilen im Umkreise hatte sich keine lebende Seele dem Hohen Stein nahen können, ohne von dort oben gesichtet und beobachtet zu werden, vielleicht, damit man sich gleich Geiern raubgierig auf sie stürzen könnte.

Sie kannte die Geschichte der Reichsgrafen von und zu Koltenhausen nicht und wußte nicht, ob das Geschlecht alt genug war, daß es zu den Stegreifrittern gehört haben könnte — aber da war plötzlich der rote Graf vor ihren Augen und sie dachte: „Schade, daß er kein Koltenhausen ist, dann würde ich nicht einen Augenblick am Raubrittertum seiner Vorfahren zweifeln. Wenn ich ihn allein im Gebirge treffen würde, könnte ich mich vor ihm fürchten."

*

Nach dem langen Gang in der herrlichen Frühlingsluft fiel ihr die düstere Traurigkeit ihres Zimmers im Schloß besonders bedrückend auf. Wenn sie wenigstens durch die Fenster einen Blick ins Freie anstatt in den engen abgeschlossenen Hof gehabt hätte. Daß sich die Komtesse freiwillig just in diesen alten, unbequemen Schloßteil zurückgezogen und ihre Mutter das zugegeben hatte, war ihr ganz unverständlich.

Sie ging sofort daran, sich in der tiefen Fensternische wenigstens einen gemütlichen Sitzplatz zu schaffen. Das zerstreute sie für den Augenblick. Aber als die Dunkelheit hereinbrach und sie wieder bei dem dürftigen Licht der Wachskerzen, das nicht bis in die Ecken des großen Raumes drang, lesend saß, lastete wieder die Einsamkeit sehr schwer auf ihr.

Eine Totenstille herrschte ringsum. Durch die massiven Mauern drang kein Ton von der Außenwelt herein, sie kam sich wie verwunschen vor. Dann und wann knisterte die Flamme, wenn der Docht verkohlt war und im flüssigen Wachs zu ertrinken drohte. Dann mußte sie daran herumputzen, just wie zu Großmutters Zeiten.

Diese rückständige Beleuchtung konnte man ihr doch nicht dauernd zumuten. Daß man nicht einmal für ausreichendes Licht in ihrem Zimmer gesorgt hatte, bewies ihr am besten den Wunsch und die Hoffnung ihrer Herrin auf baldige Abreise.

Am anderen Morgen zur bestimmten Zeit begab sie sich zur Komtesse. Sie fand sie noch im Morgenkleid von weißen Spitzen und in höchst ungnädiger Laune. Lässig ausgestreckt und stark parfümierte Zigaretten rauchend, lag sie auf einem niedrigen Ruhebett auf einem ganz in türkischem Geschmack mit einer Überfülle von kostbaren Teppichen, Polstern und Decken ausgestatteten, sehr buntfarbigen Raum.

Ihren Gruß erwiderte sie mit einem kurzen Kopfnicken. Sie deutete auf einen reich mit Perlmutter ausgelegten, geschnitzten Ständer aus Rosenholz.

„Dort finden Sie Papier und Schreibzeug, setzen Sie sich und schreiben Sie:

„Koltenhausen, den 18. April: Komtesse — Sie brauchen immer nur ein „K" hinzusetzen — sehr schlechte Nacht gehabt, blaß und verfallend aussehend, friert und hat Todesahnungen und seltsame Einfälle. Verlangt, daß ihren süßen „bijous" Molli und Dolli wollene Leibbinden und Pulswärmer stricke, weil sie in dem verwünschten alten Kasten den Schnupfen nicht los würden?"

„Warum schreiben Sie nicht?"

Die Stimme klang nörgelig, wie die eines ungezogenen Kindes.

„Gnädige Komtesse haben vergessen, mir zu sagen, an wen oder für wen ich das schreiben soll", sagte Elisabeth mit unbewegtem Gesicht.

„Das kann Ihnen gleichgültig sein", fuhr die Komtesse sie hochmütig an.

„Dann bitte ich Komtesse, mir zu sagen, wer die Person ist, die diese Bemerkung von sich aus niederschreiben soll."

„Natürlich Sie selber."

„Dann werde ich nicht schreiben."

„Was soll das heißen?"

„Ich bitte Komtesse untertänigst, mir das Schreiben zu erlassen."

„Was erlauben Sie sich?! Ich bin von meinen Untergebenen nicht gewöhnt, daß sie mir den Gehorsam verweigern."

„Dann werden Komtesse bisher sicher nicht Dinge von ihnen verlangt haben, die der Wahrheit nicht entsprechen. Ich kann nicht Bemerkungen als eigene niederschreiben, die ich nicht gemacht habe und nicht machen kann. Denn ich finde Komtesse nicht blaß und verfallen, sondern blühend frisch, und Todesahnungen kann ein Mensch nicht haben, der daran denkt, für seine Schoßhunde Leibbinden stricken zu lassen."

Elisabeth sagte es unerschrocken, aber in durchaus bescheidenem und ein wenig humoristischem Ton, und er verfehlte seine Wirkung auf die Komtesse nicht. Sie stutzte, war einen Augenblick verwirrt, plötzlich aber lachte sie hell auf und sah ihre Gesellschafterin, die durchaus nicht vor ihr zitterte, und nicht ratlos und verlegen war, wie ihre Vorgängerinnen, wenn sie sie mit ihrer üblen Laune plagte, neugierig an.

Und dann fragte sie etwas unsicher: „Finden Sie wirklich, daß ich nicht krank aussehe? Ich habe in der Tat nicht gut geschlafen."

„Ich kann nur wiederholen, was ich vorhin gesagt habe."

Die Komtesse sank mit einem Seufzer, war's der Erleichterung oder der Ergebenheit, in die Kissen zurück und lag eine Weile ganz still.

Endlich nahte sich ihr Elisabeth und fragte freundlich dienstbereit: „Fühlen sich gnädige Komtesse nicht wohl? Kann ich etwas für Sie noch tun?"

„Nein, ich danke — oder doch: Gehen Sie wieder dahin zurück, von woher Sie gekommen sind. Sie passen nicht hierher."

Elisabeth richtete sich ruhig empor. „Es bedarf natürlich nur dieser Andeutung. Ich selber habe vom ersten Augenblick an gewußt, daß ich nicht hierher passe, und es war schon bei meiner Ankunft mein Wunsch, wieder gehen zu dürfen. Ich bitte um meine Entlassung."

„Von mir aus können Sie die sofort haben, aber ich habe Sie nicht angenommen, und Ihre Erlaucht, meine hochgräfliche Frau Mutter, besteht auf der Innehaltung des Kontraktes, das sage ich Ihnen im voraus."

„Gnädigste Komtesse, ein Kontrakt legt beiden Teilen die gleichen Verpflichtungen auf, und er ist gelöst, wenn der eine Teil ihnen nicht nachkommt."

„Wollen Sie damit sagen, die Gräfin wäre Ihnen gegenüber ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen? Was verlangen Sie denn noch? Ich bin sicher, daß man Sie bestrickend liebenswürdig aufgenommen hat."

„Eine gerechte und würdige Behandlung, nichts weiter, Komteß."

Komteß Gundula stützte sich auf den Ellenbogen und starrte ihr ganz verblüfft ins Gesicht. „Das muß man ja sagen, Sie scheinen recht hoch von sich denken."

„Das ist eine Pflicht, die man gegen sich selber hat."

„Sie haben gewiß immer Anstellung in unseren Kreisen gehabt, sonst könnten Sie sich nicht so sicher bewegen. — Aber so war das auch gar nicht von mir gemeint, daß Sie Knall und Fall gehen sollten. — Sie brauchen nicht so übelnehmisch zu sein. Wir in unseren Schlössern leben auch nicht immer im Sonnenschein und rosenroter Herrlichkeit."

Sie seufzte: „Ach — lassen wir es." Das klang plötzlich sehr mutlos, und ein bitterer Zug lag jetzt auf dem Gesicht der Komtesse, der es alt machte. "Hier ist ein französischer Roman, lesen Sie mir daraus vor. Er ist spannend, aber seicht und spielerisch — und das ist der einzig richtige Standpunkt dem Leben gegenüber, alles von der leichten Seite zu nehmen."

Nun lachte sie schon wieder, rief Molli und Dolli, hob sie zu sich auf den Diwan und tändelte mit ihnen, während Elisabeth las, so daß die nicht wußte, ob sie überhaupt acht gab. Doch als sie auf einen Wink mit dem Lesen aufhörte, sagte die Komteß: „Sie haben eine vorzügliche Aussprache, man könnte meinen, französisch sei Ihre Muttersprache, wo haben Sie das her?"

„Ich war wiederholt längere Zeit in Frankreich."

„In Stellung?"

„Nein, auf Reisen mit meinen Angehörigen."

„Sie stammen, scheint es, aus sehr guten Verhältnissen."

„Mein Vater war ein gut gestellter Kaufmann, bis mit seinem Tode unsere Erwerbsquelle erlosch."

(Fortsetzung folgt.)

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Möbl. Zimmer von besserem jung. Herrn, ruhig. Mieter, zum 15. 9. od. 1. 10. gesucht. Bettwäsche vorhanden. Ang. u. 825 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer gesucht. Bett u. W. vorh. Ang. u. 820 a. d. Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer in gut. Hause, mögl. Stadtmitte, sofort oder 15. 9. gesucht. Ang. unt. 822 an die Exped. d. Bl.

Jg. Amerik. sucht **möbl. Zimmer.** Bettw. w. gestellt. Ang. u. 829 an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer wird von jungem, ruhigen u. soliden Mann gesucht. Bettwäsche wird gestellt. Ang. u. 825 a. d. Exp. d. Bl.

Aelt. Ehepaar (Beamter) sucht sofort oder 1. 10. **2 Zimmer.** Ang. u. 817 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnungstausch. 4 Zimmerwohn. in Rudolstadt gegen 3—4 Zimmer in Halle oder Merseburg zu tauschen gesucht. Ang. unt. 830 an die Exp. d. Bl.

Wohnungs-Tausch Aschaffenburg a. M.-Merseburg. Ang. u. 819 an die Exp.

72000.— Mark auf gute 1. oder 2. Stelle, geteilt oder im ganzen auszuleihen. Ackergrundstück bevorzugt. Näheres bei A. Franke, Merseburg, Lindenstraße 11.

Guterhaltenes Federbett oder Kinderbetten zu kauf. gesucht. Ang. m. Preis unter 832 an die Exp. d. Bl.

Küchenherd und Dauerbrandofen zu kaufen gesucht. Angeb. unter 823 an die Exp. d. Bl.

Reithose mit starkem Lederbesatz, spez. für Landwirte, z. Preise von 5500 Mk. zu verkaufen. Ang. u. 828 a. d. Exp. d. Bl.

Moosgrüner Damen-Velourhut und schwarzer einfacher Filzhut billig verkäuflich. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Holzbaracke, za. 9,50×4,50×2,60, **Kantholz,** 10×5 bezw. 8×5 cm, in Längen 4,5—5,0 m sof. zu verkauf. Ang. u. 833 a. d. Exp. d. Bl.

Neue Nähmaschine zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Sportwagen zu verkaufen Hallesche Str. 9, ptr.

Infolge Unglücksfalles entschlief nach schwerem Leiden gestern abend unsere liebe Verwandte

Frau verw. Klara Krampf

geb. Hootz

hier. Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies schmerzerfüllt an

die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 4. September 1922.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des städtischen Friedhofes aus statt.

Etwaige Kranzspenden bitten wir dort Donnerstag vormittag 10—12 Uhr niederzulegen.

Freiwillige Auktion!

Freitag, den 8. September, vorm. 10 Uhr versteigere ich im Gasthaus „Zur Funkenburg" in Merseburg wegzugshalber aus besserem Haushalt öffentlich meistbietend gegen bar: 1 fast neues Herrenzimmer in Eiche als: Schreibtisch mit Aufsatz und Sessel, Ausziehtisch, 4 Lederstühle, braunes Plüschsofa, Trumeau mit Konsol; ferner: großes, guterhaltenes, rotes Plüschsofa, and. Sofa, Kleiderschrank, 1 ovaler Stegtisch, Vertiko, Bettstelle mit Matratze, Regulator, Bierdruckapparat m. 2 Hähnen, großen Gasherd, elektr. Stehlampe, andere Wirtschaftsgegenstände; Kleidungsstücke, Schuhwerk. Sämtliche Möbel sind fast neu.

Albert Franke, beeid. Auktionator.

Acker-Verpachtung.

Sonnabend, den 9. September d. J., nachm. 5 Uhr findet im Gasthause zu Cröllwitz bei Fährendorf-Dürrenberg die Verpachtung von za. 20 Morgen Acker in Cröllwitz—Fährendorfer Flur gelegen, dem Herrn Gutsbesitzer Rud. Prietzschke daselbst gehörig, in Parzellen von za. 2 Morgen Größe auf 6 hintereinander folgende Jahre öffentlich meistbietend statt. Kleinpächter der Gemeinde Cröllwitz werden bevorzugt. Bedingungen im Termin.

Albert Franke, beeidigter Auktionator, Merseburg, Lindenstraße 11, Telephon 635.

Betr. Auszahlung von Teuerungszuschüssen Kriegsbeschädigte, Militär-Altrentner und Altrentnerinnen, Kriegerwitwen und Waisen.

Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse für den Monat September findet am 7., 8. u. 9. September cr. von vormittags 8 Uhr an in folgender Reihenfolge statt:
am 7. September cr. die Buchstaben A—H,
am 8. September cr. die Buchstaben L—Q,
am 9. September cr. die Buchstaben R—Z.

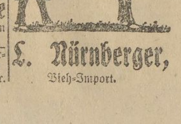
Bei Auszahlung der Teuerungszuschüsse ist der Fürsorgestelle vorzulegen:

a) von erwerbsfähigen Schwer- und Leichtbeschädigten sowie Witwen, Lohnbescheinigung vom Arbeitgeber über Einkommen im August;
b) von Leichtbeschädigten und erwerbsfähigen Witwen, die Anspruch auf Teuerungszulage zu haben glauben, bei Erkrankungen ärztliche Bescheinigung, bei Arbeitslosigkeit Bescheinigung hierüber vom zuständigen Arbeitsamt.
c) Empfängerinnen von Zivilpensionen: Bescheinigung über Höhe der Pension, getrennt für Witwen und Kinder.

Merseburg, den 6. 9. 1922.

Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene für den Stadtkreis Merseburg.

Nach Eintreffen frischer Ladungen empfehle ab Freitag, den 8. d. M.



selten große Auswahl in allerbesten hochtragenden und neumilchenden **Kühen**

L. Nürnberger, Merseburg,
Vieh-Import. Telephon 28.

1 Kuh mit Kalb zu verkaufen Dörstewitz Nr. 19.

1 Fuhre Dünger gegen Stroh abzugeben Paul Wucherer, Georgstr. 8

Schwedische **Preißelbeeren** treffen Mitte dies. Mon. ein und nehme Aufträge sofort entgegen **Emil Wolff,** Roßmarkt.

Mod. Transmissionen sof. lieferbar, Preisl. umsonst. H. & F. Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Plakate! ein- und mehrfarbig, in allen Größen und jeder Auflage stellt — schnellstens her —

Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg.

Bruchkranke können auch ohne Operation geheilt werd. Langj. erprobte Methode. Nächste Sprechstde. i. **Halle,** Hotel grüner Baum, Frankestr. 14, Montag, den 11. Septbr., von 9—1 Uhr **Spezial-Arzt Dr. med. Colemann, Berlin W. 35.**

Metall- u. Kautschuk-Stempel liefert H. Heßler Kirchstr. 7.

Anzüge für Herren u Burschen, Manchester-Anzüge Gummimäntel und Schlüpfer, Sportjoppen, Hosen Arbeitshosen aller Art verkauft **Barth, Leipzig,** Große Fleischergasse 1.

Deutsche Warte Tageszeitung für Lebens-, Wirtschafts- und Bodenreform m. den Beiblättern Land- u. Hauswirtschaft - Gesundheitswarte - Jugendwarte - Der Sonntag - Frauenzeitung und tägliches Unterhaltungsblatt **Monatl. nur 25 Mk.** Berlin NW. 6.

Junge Frau, 10 Jahre im Büro tätig gewesen, sucht für einige Stunden des Tages **Beschäftigung evtl. Heimarbeit.** Gefl. Angeb. unt. 826 an die Exp d. Bl.

Für 15j. jg. Mann m. Reifezeugn. d. Mittelsch. wird geeignete **Lehrstelle** i. kaufm. od. techn. Büro gesucht. Ang. unt. 834 a. d. Exp. d. Bl.

Hohen Verdienst und gute Existenz sichern sich zielbewußte Herren durch Uebernahme der Vertretung eines glänzend begutachteten Artikels, der vom groß. Publikum u. Industrie dauernd gekauft wird. Reflektanten mit za. 5000 Mk. Barkapital erfahren Näheres unt. A. B. 492 durch **Rudolf Mosse, Magdeburg.**

In unser Zeitungskontor wird zu Ostern 1923 ein **Lehrling** mit guten Schulzeugnissen aufgenommen. Selbstgeschriebene Bewerbungen an den Verlag des **Merseburger Korrespondent.**

Gesucht zum 1. Okt. ein ehrliches anständiges **Mädchen** Frau Fleischermstr. **Schubert,** Burgstr. 16.

Aufwartung 4mal wöchentl. 2 Std. gesucht Amtsgerichtsrat **Herrmann,** Wilhelmstr. 2a.

Ein gutes Hausmittel bei Hautausschlägen, Flechten, Hautjucken, äußerlichen Entzündungen, Pickeln, Mitessern und dergleichen ist die bekannte Zucker's **Patent-Medizinal-Seife,** deren hervorragende Eigenschaften in dem unserer heutigen Stadt- und Land-Auflage beiliegenden Prospekt gewürdigt werden.

Beth's Gesellschaftshaus. Im Café täglich **Konzert der Kapelle Putler. Morgen intimer Gesellschafts-Abend.**

Tivoli. Freitag, 8. Sept., pünktl. $1/2$ 8 Uhr die berühmten **Leipziger Krystallpalast-Sänger** 3. 1. Mal „Du ahnst es nicht". Tränen über Tränen werden gelacht. Vorverkauf bei Altendorf, Zig.-Hdlg., Kl. Ritterstr. 6 Sperrsitz (num.) 18 Mk., Eintritt 15 Mk. einschl. Steuer.

Drucksachen jeder Art für Geschäfts- und Privatbedarf sowie Broschüren Formulare. Zeitschriften, Kontobücher usw. liefert bei billigster Preisstellung in moderner u. geschmackvoller Ausführung

Buch- und Akzidenz-Druckerei **Th. Rössner, Merseburg S.** Kleine Ritterstrasse 3

Setzmaschinen-Betrieb Eigene Buchbinderei

Auf Grund der beträchtlich erhöhten Einkaufspreise wird von heute ab der **Mindestausschankpreis** von hiesigen Bieren auf

16,— pro Glas

festgesetzt. Auch die **übrigen Getränke** erfahren eine dem Einkauf entsprechende **Erhöhung.**

Merseburg, den 6. September 1922.

Verein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.

Der Spiegel sagt die Wahrheit Er zeigt Ihnen, daß Sie durch Anwendung der Aok-Seesand-Mandelkleie schon nach kurzer Zeit von allen Hautunreinheiten, Mitessern, Pickeln, Pusteln befreit sind. Aok-Seesand-Mandelkleie macht die Haut blumenzart, rosig, jugendfrisch. Ueberall erhältlich.

Wir suchen einen **Drechsler** Blancke-Werke.

Wir suchen zum sofortigen Antritt zum Reinigen der Büroräume **eine Frau** welche möglichst in der Nähe des Werkes wohnt. Zu melden bei **Fa. Karl Willi Müller, Leuna-Werk,** Spergauer Weg.

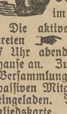
Kleinkunstbühne Neues Schützenhaus. Dir. H. Eilenberger. Täglich 8 Uhr das große **Septbr.-Programm. Erstkl. Kabarettkünstl.** Jeden 4. Tag Programmwechsel.

Hallesches Kunstleben. Stadttheater
Mittwoch, 6. Sept., abends 7 Uhr: Die Walküre. Oper von R. Wagner.
Donnerstag, 7 Sept., abds. $7\frac{1}{2}$ Uhr: Jedermann, v. Hugo Hoffmannsthal
Freitag, 8. Sept., abends 7 Uhr: Lohengrin. Oper von R. Wagner.
Sonnabend, 9. Sept., abds. 7 Uhr Peer Gynt v. Ibsen. Musik von Grieg.
Sonntag, 10. Sept., abds. $7\frac{1}{2}$ Uhr: Die Bohême. Oper von G. Verdi.

Buchdrucker-Verein „Gutenberg".

Sonntag, 10. Sept., von nachm. 4 Uhr an **Tanz-Kränzchen** im „Tivoli". **Preisschießen.** Dies den Mitgliedern und sonst geladenen Gästen zur Kenntnis. **Der Vergn.-Ausschuß.**

Freiw. Feuerwehr.



Montag, den 11. 9. 1922, **Haupt-Übung** anschließend **Versammlung** im „Ratskeller". Die aktiven Mitglieder treten ☞ pünktlich 7 Uhr abend am Gerätehause an. Zur Uebung und Versammlung werden die passiven Mitglieder hiermit eingeladen. Ausweis Mitgliedskarte. **Das Kommando.**

Anzeigen aus Schafftädt und Umgegend.

Teleph. 74. Geschäftsstelle und Anzeigen-Annahme: Buchdruckerei O. Brünner in Schafftädt. Teleph. 74.

Bekanntmachung.

Ein 3 Jahre altes Kind ist auf unsere Kosten in **Pflege zu geben.** Angebote mit Angaben der Ansprüche sind umgehend schriftlich oder mündlich bei uns anzubringen Schafftädt, den 5. September 1922.

Der Magistrat. — Armenverwaltung.

Nähmaschinen-Gestell (möglichst Singer) mit Rad zu kaufen oder gegen Tisch zu tauschen gesucht. Ang. unt. 827 an die Exp. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220906-10/fragment/page=0004

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 70,00 Mk. einschl. Zustellungsgebühr, fällig bei Vorzeigung der Quittung; Abweichung ist nur statthaft bei Aufsage des Bezugs im Vormonat. — Postbezug monatlich und vierteljährlich. — Einzelnummer 4,00 Mk., Sonnabends 5,00 Mk.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 3,00 Mk., im Reklameteil 12,00 Mk., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Mit der wöchentlich 2 maligen Beilage „Amtsblatt der Stadt Merseburg" und „Amtsblatt für den Kreis Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der zwanglos erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 209. Mittwoch den 6. September 1922 49. Jahrg.

Das Stinnes-Abkommen.

Die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens.

In Frankreich besteht eine Vereinigung, die etwa siebzig Prozent der Wiederaufbaugenossenschaften des verwüsteten Gebietes umfaßt. Es ist nun für die Lage in Frankreich sehr interessant, daß der Vorsitzende Jean de Lubersac jetzt die Zeit für gekommen gehalten hat, sich an die deutsche Industrie zu wenden und große Sachlieferungen zu erreichen. Der Weg war sehr geebnet, denn das Wiesbadener Abkommen war längst abgeschlossen. Zu Hugo Stinnes führte dieser Weg und es kam bald zu dem Abschluß jenes Vertrages, den der Industriekapitän gestern den entsprechenden Reichsstellen zugänglich machte.

Dieser Vertrag geht von der Äußerung Lubersacs aus, daß die Geschädigten im verwüsteten Gebiet noch heute in sehr kritischer Lage sich befänden (Frankreich selbst hat wenig getan!) und daß eine Mitarbeit Deutschlands an dem Wiederaufbau die deutsch-französischen Beziehungen bessern werde. Als Vermittlerin für die Sachlieferungen wird die „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau" in Essen bestimmt. Diese darf höchstens 6 Prozent Nutzen für alle vermittelten Geschäfte berechnen, ein Betrag, der mit der Lieferungssumme (Papierfranken) Deutschland gutzuschreiben ist. Die gesamte Prüfung der Materialien liegt bei der „Hoch und Tief", deren Gutachten auch für den französischen Abnehmer verbindlich ist. Bei den Bestellungen der Franzosen müssen von diesen gewünschte Firmen berücksichtigt werden. Zur Durchführung dieser Lieferungen, besonders in Zement, Ziegeln, Kalk usw. ist ein bestimmter Prozentsatz der

Reparationskohle freizugeben,

deren Verteilung Sache der Firma Stinnes ist.

Die deutschen Materialien dürfen nicht mehr kosten, als die in Frankreich feilgebotenen und unterliegen dem französischen Mindestzoll für Sachlieferungen.

Mit diesem Vertrag erkennen die Franzosen an, daß sie von ihrer Bürokratie nichts erwarten können und sich auf kaufmännischem Wege selber helfen müssen. Und mit diesem Vertrag stellt sich Hugo Stinnes auf den Boden des Wiesbadener Abkommens, das er einst so heftig bekämpft hat! Aus dem Vertrag ist an günstigen Bedingungen hervorzuheben einmal die oben wiedergegebene Kohlenklausel, zum andern die Bestimmung, daß der sechsprozentige Gewinn der „Hoch und Tief" wie auch die Unkosten für die erforderlichen Bankgeschäfte Deutschland mit gutgeschrieben werden. (Ein Betrag, welcher letzthin freilich vom Reiche selbst zu tragen ist.) Wichtiger noch als das Stinnesche Geschäft, das natürlich bei den zu erwartenden Riesenlieferungen nicht schlecht ist und fast ohne Risiko, weil ja die entscheidende Warenabnahme durch die „Hoch und Tief" erfolgt, — wichtiger noch erscheint die allgemeine Rückwirkung auf die Reparationsfrage überhaupt. Der auf französische Initiative zurückgehende Vertrag wird der in der Ententewelt so weit verbreiteten Ansicht entgegenwirken, daß die deutsche Industrie keinen Reparationswillen habe. Ferner zeigt uns dieser Vertrag die wahren Machtverhältnisse, die ungeheure Macht unserer Industriekapitäne. In dem Augenblick, als Jean de Lubersac zu Herrn Stinnes kam und die großzügige Lieferung von Baumaterialien forderte, hatte dieser auch eine politische Entscheidung zu treffen und zwar er ganz allein! Denn die Zurückweisung des Obmannes der französischen Geschädigten hätte eine bedeutende Verschärfung in der Reparationsfrage bedeutet, und eine solche hätte sehr verhängnisvoll werden können.

Vielleicht bringt uns der Vertrag eine Entspannung. Zwar wird die französische Industrie, welche über den Wiederaufbau bekanntlich ganz anders denkt als die Geschädigten des zerstörten Gebiets, vermutlich alle Mittel der Propaganda dagegen einsetzen. Aber die Tatsache großer Sachlieferungen wird schließlich doch wirken, und so wirken, wie der Verfechter des Sachlieferungsgedankens, Rathenau, es gewünscht hat. Denn, so seltsam es nach der heftigen Fehde von Stinnes gegen Rathenaus Sachlieferungsabkommen wirken mag, dieser Stinnes-Vertrag bedeutet die erste praktische Verwirklichung der Idee Rathenaus.

Das neue Programm der „Vereinigten sozialdemokratischen Partei".

Vorwärts und Freiheit veröffentlichen das von dem Parteivorstand der beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam ausgearbeitete Aktionsprogramm der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Darin werden folgende Kampfziele der Partei aufgestellt:

1. **Schutz der Republik.** In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den

Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus

biete, fordert die Vereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen Betrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum

organisch gegliederten Einheitsstaat.

2. **Kampf gegen die Klassenjustiz.** Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen.

3. **Finanz- und Wirtschaftspolitik.** Grundlegende umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unter Mitwirkung der Genossenschaften. Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole. Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaues.

4. **Sozialpolitik.** Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag. Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zu einer Vertretung der sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. **Volksgesundheit und Volkserziehung.** Vergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Einheitsschule mit weltlichem Charakter. Erklärung der Religion zur Privatsache.

6. **Internationale Politik.** Die VSPD. fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaues unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Der Kampf gegen die imperialistische Politik, für die Abänderung der Friedensverträge, für die Überwindung der Macht- und Gewaltpolitik durch eine internationale Rechtsorganisation erfordert den Zusammenschluß des Weltproletariats zu einer einheitlichen gesetzigten Kampfgemeinschaft.

Die belgische Delegation in Berlin.

Berlin, 6. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die drei belgischen Delegierten, die Herren Delacroix und Bemelmans sowie in ihrer Begleitung der Brüsseler Bankier Philipson, sind gestern abend in Berlin eingetroffen. Heute vormittag sind die Herren vom Reichskanzler empfangen worden. Bei dieser ersten Unterredung sind nur die allgemeinen Richtlinien erörtert worden. Einzelheiten wurden noch nicht behandelt. Im Laufe des Vormittags fand dann die erste Sitzung mit dem Reichsfinanzminister Hermes statt. Für heute sind ferner noch Unterredungen mit dem Direktor Bergmann von der Deutschen Bank und dem Staatssekretär Schröter geplant. Das alles sind Vorbesprechungen, welche lediglich der Vorbereitung der eigentlichen Unterhandlungen dienen sollen.

Alle Nachrichten der letzten Tage aus Brüssel stimmen darin überein, daß auf belgischer Seite nichts versäumt werden soll, um zu einer Verständigung zu gelangen. Die Delegierten, die jetzt nach Berlin gekommen sind, verbürgen auch einen durchaus sachlichen Verlauf der Besprechungen. Herr Bemelmans war wiederholt schon in Berlin im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Sachlieferungsverträge und hat sich als konziliante Unterhändler erwiesen. Präsident Delacroix geht der Ruf eines Mannes voraus, der das Reparationsproblem vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet und sein Urteil nicht durch politische Leidenschaften trüben läßt. Selbstverständlich dürfen über diesen Personalien die bedeutenden Schwierigkeiten der Verhandlungen nicht verkannt werden, weil Deutschland mit seinen Garantien eine bestimmte Grenze nicht überschreiten kann.

Ein neues Votum Bradburys.

Berlin, 6. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Viel Beachtung findet eine Äußerung Bradburys, welcher das Gerücht von einer Beteiligung Englands an der Sicherstellung der Schatzwechsel energisch zurückweist. In seiner Gegenerklärung heißt es: Im gegenwärtigen Augenblick ist keine Rede von englischer Hilfe zur Erlangung der verlangten Garantien. Diese Möglichkeit könnte sich nur ergeben im Falle eines Ersuchens der deutschen und der belgischen Regierung.

Nach wie vor tritt er aber für eine Herabsetzung der Gesamtschuldsumme Deutschlands ein, weil ohne das der deutsche Kredit nicht wieder herzustellen sei. Einen großen Prozentsatz Goldreserven der Reichsbank zu entziehen, widerrät er auch in dieser Äußerung dringend.

Eingreifen Amerikas?

Berlin, 6. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Über Amerikas Eingreifen ist man in der europäischen Presse noch sehr geteilter Meinung, die einen halten es für unwahrscheinlich, die anderen sehen in der Teilnahme des amerikanischen Delegierten an den Verhandlungen der Reparationskommission ein günstiges Anzeichen. Die Meldung, daß Amerika die Emissionsbanken einiger Länder zu einer Konferenz eingeladen habe, ist nicht dementiert worden. Jedoch warnt heute der Washingtoner Korrespondent der Times ausdrücklich vor übertriebenem Optimismus.

Offizielles Friedensgesuch der Griechen.

Paris, 6. Sept. (Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.) Die Griechen haben die interalliierten Mächte ersucht, die Friedensverhandlungen mit den Türken zu vermitteln. Zwischen London und Paris sind deswegen bereits Unterhandlungen gepflogen worden.

Der griechische Rückzug. — Panik in Smyrna.

Paris, 6. Sept. (WTB.) Nach einer Meldung aus Konstantinopel bestätigt sich das Gerücht, daß die Griechen Brusa (nahe der Südküste des Marmarameers) geräumt haben. Die Schlacht soll erbittert gewesen sein.

London, 6. Sept. (WTB.) „Daily Mail" meldet aus Smyrna: Die griechische Bevölkerung flüchte. Alle verfügbaren Schiffe sind von Flüchtlingen besetzt. Die britischen Untertanen fahren gemäß den Weisungen des britischen Generalkonsuls nach Cypern ab.

Das Flottendepartement der Vereinigten Staaten hat bis zum Schutze von Leben und Eigentum eine Anzahl Zerstörer nach Smyrna entsandt.

Der Widerstand gegen die Überschichten.

Essen, 6. Sept. (WTB.) Infolge linksradikaler Einflüsse ist die Durchführung des kürzlich beschlossenen Überschichtenabkommens noch nicht allgemein vollendet, doch sind die Arbeiter durch Aufklärung in der Presse über die nicht scharf formulierten Bedingungen des Abkommens wieder beruhigt und die kleinen örtlichen Streiks wegen dieser Frage beendet.

Die neuen Teuerungszuschläge.

Berlin, 6. Sept. (Priv.-Telegr.) Der Überwachungsausschuß des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf über die neuen Teuerungszuschläge zugestimmt.

Der Reichskanzler über die Lage.

Berlin, 6. Sept. (Priv.-Telegr.) Gestern fanden neue Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die Regierungsmaßnahmen gegen die Teuerung statt. Der Kanzler gab eine politische Übersicht. Er erklärte, er würde keineswegs seine Hand bieten, aus dem mageren Goldschatz der Reichsbank namhafte Beträge herauszugeben. Er habe nicht unbegründete Hoff

Dollar heute 1350 (gestern 1425).

entsprechende Festsetzung der Grenzlinie anerkannt worden. Sie nachträglich, wie jetzt anscheinend von polnischer Seite beabsichtigt wird, noch in wesentlichen Teilen abzuändern, würde mit Art. 4 der Genfer Entscheidung in Widerspruch stehen. Die zwischen Deutschland und Polen inzwischen geschlossenen Verträge über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 enthalten wesentliche Bestimmungen über die von der neuen Grenze durchschnittenen Bergwerksfelder und Wirtschaftsgebiete, ebenso über soziale Einrichtungen, die sämtlich auf die Zugehörigkeit der Bewohner der dem einen oder dem anderen Land durch die Demarkationslinie zugefallenen Gebiete basieren. Somit sind nach der Auffassung der deutschen Regierung die Grundlagen dieser Verträge erschüttert, falls die Grenzkommission den polnischen Ansprüchen nachgeben sollte.

Die Stellung Oberschlesiens im Preußischen Staatsverbande.

Die künftigen Beziehungen Oberschlesiens zu Preußen werden sich nach den vom preußischen Landtag erlassenen Gesetzen vom 25. und vom 27. Juli dieses Jahres richten. Das Gesetz vom 25. Juli regelt die Selbstständigkeitsrechte der Provinz Oberschlesien zunächst für den Zeitraum, in dem die neue Provinzialordnung noch nicht allgemein eingelegt worden ist. Aber auch nach einer solchen Regelung dürfen die für Oberschlesien vorgesehenen Rechte nicht beschränkt werden. Diese Rechte Oberschlesiens beziehen sich auf das öffentliche Schulwesen, die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen Sprache in gemischtsprachigen Landesteilen und auf die Jugendpflege. In finanzieller Beziehung ist bei etwaigen Mehrlasten für Reich und Staat die Zustimmung des Finanzministers und der sonst zuständigen Minister offengehalten. Im übrigen, beschließt der Provinzialandtag über den Erlaß der allgemeinen Bestimmungen. Durch das Gesetz vom 27. Juli wird weiter die Verwaltung in den oberschlesischen Kommunalverbänden vorläufig geregelt. Im ganzen wird Oberschlesien schon jetzt, vor der allgemeinen Regelung, innerhalb des preußischen Staatsverbandes eine weitgehende Autonomie erhalten. Damit wird die neugewonne Grenzprovinz zugleich richtungsgebend für die künftige preußische Provinzialverfassung werden.

Der Besatzungsunfug.

In dem Düsseldorfer Vorort Oberkassel ist aus Anlaß eines Wirtshausstreites auf bisher noch ungeklärte Weise ein belgischer Sergeant und ein gänzlich unbeteiligter englischer Wachtposten erschossen worden. Ob es sich um eine „betrunkene Geschichte" oder um einen Notwehrakt handelt, ob die Kugel aus einem deutschen oder einem belgischen Revolver stammt, das alles bedarf noch der Aufklärung; sicher scheint nur zu sein, daß der ganze traurige Zwischenfall mit Politik nicht das mindeste zu schaffen hat. Trotzdem hat die belgische Besatzungsbehörde die drakonischsten Maßnahmen angeordnet, um den oder die Schuldigen zu ermitteln. Der oberste Verwaltungsbeamte des Ortes wurde, weil er nicht bis zur befohlenen Stunde den oder die Täter nachweisen konnte, verhaftet, sein Sekretär wurde in Haft genommen, weil es ihm unmöglich gewesen war, in der knappen, von der Besatzungsbehörde bestimmten Frist Plakate über die Tat anschlagen zu lassen. Über den Ort wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt und vorgeschrieben, daß von abends 8 bis morgens 6 Uhr jedermann allein zu gehen und den Bürgersteig zu verlassen habe, sobald er auf 25 Meter an eine militärische Person oder auf 50 Meter an einen Wachtposten herangekommen sei. Das sind Auswüchse einer militaristischen Überspannung der Besatzungsbehörden, gegen die auch diejenigen protestieren müssen, die die Tat an sich aufs lebhafteste verurteilen. So etwas sollte in Kriegszeiten nicht möglich sein, viel weniger aber noch mitten im Frieden und in denselben Tagen, da belgische Unterhändler auf dem Wege nach Berlin sind, um in wichtigen, politisch-wirtschaftlichen Angelegenheiten Verständigung zu suchen. Hier zeigt sich wieder einmal besonders klar, wie schädlich und unerträglich das ganze System der Besatzungen wirkt, und daß es höchste Zeit ist, es abzubauen. Auch die Gewaltpolitiker der Entente müßten doch schließlich so viel Vernunft aufbringen, daß sie einsehen, wie ganz nutlos und zwecklos hier Geld und Kraft verpulvert werden, um neuen Haß zu erfachen. Je eher damit aufgeräumt wird, um so besser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319220906-10/fragment/page=0005